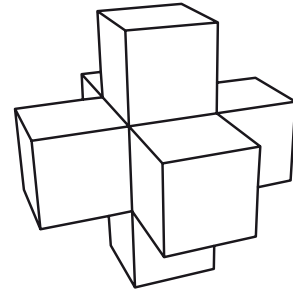


# Schweizer Freisinn



## FDP Wir Liberalen.

<b>Unter Freisinnigen</b>	2	<b>Geits no?</b>	2	<b>FDP-Frauen</b>	14	<b>Dossier</b>	18
<b>Kopf des Monats</b>	2	<b>Brennpunkt</b>	3	<b>Jungfreisinnige</b>	16	<b>FDP intern</b>	23

30. Jahrgang, Erscheint zehnmal jährlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

### Inhalt

#### Gemeinsam zum Erfolg

«Die FDP profitiert von ihrer neuen Parteidisziplin»: So und ähnlich waren die Titel von Zeitungsartikeln zu einer neuen Studie des geographischen Instituts der Universität Zürich, welche Geschlossenheit und Erfolg von Fraktionen analysierte. Damit sind erste Voraussetzungen gegeben, dass wir dank einer klaren Politik Vertrauen gewinnen und somit die Wahlen auf kantonaler und 2011 nationaler Ebene gewinnen können. **Seite 3**

#### AHV

Der Abstimmungssonntag vom 30. November 2008 hat gezeigt: Die Bürgerinnen und Bürger sind gegen eine einseitige Flexibilisierung des AHV-Alters nach unten. Die AHV-Initiative der Gewerkschaften und linken Parteien sah eine faktische Senkung des Rentenalters von derzeit 64 bzw. 65 auf 62 Jahre vor, verbunden mit einem Arbeitsverbot. **Seite 7**

#### Wert der Sicherheit

Unser Land braucht eine gute und starke Milizarmee. Sicherheit und Freiheit bilden das Fundament, auf dem unser Land steht. Die FDP setzt sich ein für eine glaubwürdige und leistungsfähige Armee. Konsolidieren, modernisieren, weiterentwickeln. **Seite 21/22**



Die bestehenden Brücken dürfen nicht abgebaut werden: Ja zu den Bilateralen!

## Glaubwürdigkeit der Schweiz erhalten

Seit dem Nein zur EWR-Abstimmung von 1992 sind Bundesrat, Parlament und der Souverän mit grossem Verhandlungs-, Ressourcen- und Abstimmungsaufwand erfolgreich den bilateralen Weg mit der EU gegangen. Und dieser Weg muss weitergehen.

Im Frühjahr 2009 werden wir erneut über den bilateralen Weg abstimmen können. Die FDP engagiert sich an vorderster Front für ein JA zur Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU. Die Fakten sind klar: Der bilaterale Weg bringt

der Schweiz Arbeitsplätze und Wohlstand. Mit der Personenfreizügigkeit ist Wachstum in der Schweiz wieder Realität. In dem Moment, in dem sich in der Schweiz ein wirtschaftlicher Abschwung bemerkbar macht, wäre es unverantwortlich, die bilateralen Beziehungen mit der

EU aufs Spiel zu setzen. In diesen Zeiten sind wirtschaftliche Alleingänge ein Risiko. Aus diesem Grund kann es nur ein klares JA zum bilateralen Weg geben.

**Seite 10**

# Bundesräte und das Volk

Über die Beziehung zwischen Bundesräten und Volk wird viel geschrieben. Eine entscheidende Komponente bleibt, dass deren Politik in Volksabstimmungen gestützt wird.

Mit Freude darf ich feststellen, dass das Volk in den drei letzten Abstimmungen, welche mein Departement betreffen, dem Bundesrat gefolgt ist (AHV-Initiative, Betäubungsmittelgesetz, Hanfinitiative). Dies sind also der 16., 17. und 18. Abstimmungserfolg in meiner Bundesratszeit. Dem stehen eine «halbe» Niederlage bei der Vorlage für eine Gesundheitsverfassung und die Niederlage bei den beiden AHV-Abstimmungen im Jahre 2004 gegenüber. Voraussichtlich im Mai 2009 kommen zudem die schwierige Vorlage zur Abtrennung des IV-Fonds vom AHV-Fonds und die dazugehörige IV-Finanzierung an die Urne.

Obwohl die Volksabstimmungen nur ein relativ kleines Muster wichtiger Vorlagen aufzeigen (gegen andere wichtige Projekte ist kein Referendum ergriffen worden oder diese wurden mittels Verordnung eingeführt), stellen die Abstimmungskämpfe doch wesentliche,



**Pascal Couchepin**

öffentlich wahrgenommene Pfeiler der Tätigkeit eines jeden Bundesrats dar.

Aus meiner EVD-Zeit stechen sicher die Annahme des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die Annahme des bilateralen Vertragswerks I sowie die klare Ablehnung der Initiative zur Arbeitszeitverkürzung hervor. Aus EDI-Sicht sei an verschiedene Bildungs- und For-

schungsprojekte (Bildungsverfassung, Stammzellenforschungsgesetz) oder an familienpolitische Vorlagen (Mutterschaftsversicherung, Kinderzulagengesetz) erinnert. Aber auch sozialpolitische Eckpfeiler (5. IV-Revision) und gesundheitspolitische Grundsatzentscheide (klare Ablehnung der SP-Gesundheitsinitiative, klare Ablehnung der Initiative für eine Einheitskrankenkasse) standen im Mittelpunkt des Interesses. Am 30. November 2008 haben die Stimmbürger nun die AHV-Gewerkschafts-Initiative abgelehnt und sind dem vom Bundesrat eingeschlagenen pragmatischen Weg in der Drogenpolitik gefolgt (Ja zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes, Nein zur Hanfinitiative).

Für all diese Erfolge bin ich sehr dankbar. Fast immer konnte ich auf die tatkräftige Unterstützung der FDP zählen. Im Mai nächsten Jahres steht voraussichtlich eine weitere schwierige Abstimmung über die IV bevor. Hauptziel der Reform

ist die Abtrennung des IV-Fonds vom AHV-Fonds. So soll die AHV nicht mehr unter der Last des IV-Defizits leiden. Damit die finanzielle Konsolidierung Erfolg hat, muss allerdings während sieben Jahren der IV-Fonds mit zusätzlichen 0,4 MWSt-Prozenten alimentiert werden. Es freut mich besonders, dass die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten und die Geschäftsleitung einstimmig die Ja-Parole empfehlen.

Ich wünsche allen FDP-Mitgliedern eine schöne Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr.

**Pascal Couchepin**

## Kopf des Monats

### Léonard Bender, Präsident FDP Wallis

FDP und LPS dürfen sich über das historische Ergebnis bei den Gemeindevahlen im Wallis freuen. In den Gemeinden Sion und Sierre konnte die neue Partei je das Gemeindepräsidium gewinnen. Das Stadtpräsidium in Sion ist in den letzten 160 Jahren immer eine CVP-Festung gewesen. Die Wahl von Marcel Maurer ist somit ein historischer Wahlsieg. Auch in Siders gewannen die «FDP. Die Liberalen» das Stadtpräsidium dank einem hervorragenden Resultat von François Genoud. 24 Gemeinde- und Stadtpräsidenten und 27 Vizepräsidenten: Die Gemeindevahlen im Wallis sind ein klarer Beweis des Wählers für die neue Partei. Diese



**Léonard Bender,  
der Kopf des Monats.**

guten Resultate unterstreichen, dass der Zusammenschluss von FDP und LPS die liberalen Kräfte stärkt. Léonard Bender, Präsident der «FDP. Die Liberalen», führte die neue Partei zu diesem historischen Wahlsieg. Anstelle der Gewählten und aller Beteiligten ist er unser Kopf des Monats.

## Geits no?

Die FDP und die Liberalen haben gehandelt, bevor der Wirtschaftsabschwung in aller Munde war. Im vergangenen September hat die FDP-Fraktion eine Initiative eingereicht, um die kalte Progression bereits im Jahr 2009 auszugleichen. Ziel ist, den Steuerzahlern jenen Betrag zurückzuzahlen, welchen sie aufgrund der steigenden Teuerung gar nicht versteuern müssten. Diese einfache und schnelle Massnahme senkt die Steuerrechnungen aller Bürgerinnen und Bürger um gesamthaft 600 Millionen Franken. Dabei wird vor allem der Mittelstand entlastet, der 510 Millionen Franken zurückerhält: 240 Millionen für Einkommen unter 100 000 Franken, 270 Millionen für Einkommen zwischen 100 000 und

200 000 Franken. Damit haben die Bürgerinnen und Bürger mehr Geld im Portemonnaie – sie können mehr konsumieren und investieren. Die Wirtschaftskommission des Nationalrates hat Mitte Oktober der FDP-Forderung nach vorzeitigem Ausgleich zugestimmt. Dennoch haben sich an der Sitzung der ständerätlichen WAK CVP und SP vereinigt, um diese wichtige Massnahme zu verhindern. Damit steht fest: CVP und SP reden viel darüber, die Wirtschaft zu unterstützen. Wenn es aber um konkretes Handeln geht, vergessen Linke und Christdemokraten ihre grossen Worte. Wenn es um steuerliche Entlastung, Kaufkraftförderung und Sicherung der Arbeitsplätze geht, machen sie sich aus dem Staub.

Zukunft

## Gemeinsam zum Erfolg

«Die FDP profitiert von ihrer neuen Parteidisziplin»: So und ähnlich waren die Titel von Zeitungsartikeln zu einer neuen Studie des geografischen Instituts der Universität Zürich, welche Geschlossenheit und Erfolg von Fraktionen analysierte. Nicht nur im Rat zeitigt unser geschlosseneres Auftreten somit Früchte, sondern es wird auch in den Medien und damit beim Wähler wahrgenommen.

**Von Gabi Huber,  
Fraktionspräsidentin**

Die FDP hatte bisher den Ruf einer besonders undisziplinierten Fraktion. Nicht verwunderlich, dass in Umfragen nach den Wahlen 2007 die fehlende Linie der Partei und ihrer Exponenten kritisiert wurde. Die Partei und namentlich die Fraktion wurden als wenig fassbar erachtet. In unserem Wahlsystem ist das ein Nachteil: Bei Wahlen entscheiden sich Schweizer und Schweizerinnen für Parteien oder Personen, welche in für sie wichtigen Themen eine klare Linie vertreten. Ausgeglichenheit der Position ist weniger wichtig. Denn sollten die Gewählten mit ihren Positionen übertreiben, ist die Wahrscheinlichkeit eines Referendums hoch. Damit verfügt unser System über ein natürliches Korrektiv gegen extreme Lösungen im Parlament, was aber gleichzeitig Parteien mit sehr klaren Positionen in Wahlen begünstigt.

Noch in alter Tradition erkannte eine Studie der IDHEAP zur Positi-

onierung der Nationalratskandidaten 2007 auf der Basis von Smartvote denn auch bei der FDP ein Manko an Geschlossenheit namentlich bei Kernthemen. Genau dort sei Geschlossenheit aber zentral für die Erkennbarkeit der Partei und damit für den Wahlerfolg.

Die Lehren aus den vergangenen Jahren haben die Delegierten der FDP Schweiz gezogen. Sie beschlossen an der Delegiertenversammlung im Januar 2008 eine Herausfordererstrategie. Diese findet auch bei der FDP-Liberale-Fraktion Niederschlag. Namentlich in Kernthemen und strategisch wichtigen Geschäften ist die Fraktion heute geschlossen. Sie ringt um Positionen, was gut und wichtig ist, bei der Abstimmung hält sie aber zusammen. Dieses Rezept hat Erfolg: 2007–2008 gewann unsere Fraktion 90% der Abstimmungen. Andere Parteien versuchen immer weniger, zusammen mit einigen abweichenden Fraktionsmitgliedern eine Mehrheit zu bilden. Hier haben wir den Tisch gekehrt: Heute ist es vermehrt die FDP, die dank klarer und früh kommunizierter Position andere Parteien zum Einschwenken bringt oder spaltet. Ich danke den Fraktionsmitgliedern für diese erfolgreiche Zusammenarbeit.

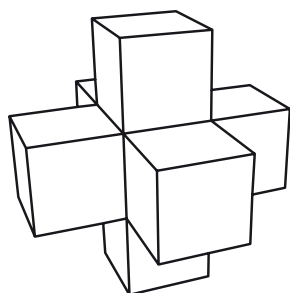
Wieder- und neugewählte FDP- und LPS-Parlamentarier haben die gleichen, verbindenden Ziele. Erstens: dank einer klaren Linie und liberalen Forderungen die Politik der Schweiz gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten zu bestimmen. Zweitens: mit dieser Politik bei den Wählern erkannt und anerkannt zu werden. Auf dem Erfolg des zu Ende gehenden Jahres kön-



**Gabi Huber**

nen wir aufbauen. In den kommenden Jahren stimmen unsere Kernthemen mit den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger überein: Arbeitsplätze schaffen, sichere Sozialwerke und ein schlanker, bürgerlicher Staat. Damit sind die Voraussetzungen gut, dass wir dank einer

klaren Politik Vertrauen gewinnen und die Wahlen auf kantonaler und 2011 auf nationaler Ebene gewinnen.



# Veranstaltung

## Agenda 2009

### Februar

- 6./7. Fraktionsseminar
- 8. Eidg. Abstimmungen
- 20./21. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 27. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
- 28. Delegiertenversammlung

### März

- 2.–20. Frühjahrssession
- 5. Geschäftsleitung

### April

- 24. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
- 25. Delegiertenversammlung
- 27.–30. Sondersession Nationalrat

### Mai

- 15./16. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 17. Eidg. Abstimmungen
- 25. 5.–12. 6. Sommersession (1. 6. = Pfingstmontag)
- 28. Geschäftsleitung

### Juni

- 3. Ausflug der FDP-Fraktion der Bundesversammlung
- 26. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
- 27. Delegiertenversammlung

### August

- 28./29. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

### September

- 7.–25. Herbstsession
- 10. Geschäftsleitung
- 12. Tag der FDP-Parlamentarier
- 27. Eidg. Abstimmungen

### Oktober

- 16. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
- 17. Delegiertenversammlung

### November

- 13./14. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 23. 11.–11. 12. Wintersession
- 25. Wahlfeier Stände- und Nationalratspräsident
- 26. Geschäftsleitung
- 29. Eidg. Abstimmungen

### Dezember

- 2. Wahl des Bundespräsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrates
- 3. Wahlfeier des Bundespräsidenten
- 10. Weitere Feiern

## Veranstaltungshinweis

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 28. Februar 2009 in Bern statt. Das detaillierte Programm stellen wir Ihnen in der nächsten Ausgabe vor.



Bild: Keystone

Bern

## Kälteschock für die Steuerzahler?



Die kalte Progression ist eine schmerzhaft Angelegenheit: Sie lässt die Steuern steigen, aber nicht die Kaufkraft! Wird sie 2009 nicht ausgeglichen, werden die Steuerzahler 600 Millionen zuviel zahlen!

**Liberele und Freisinnige fordern den sofortigen Ausgleich der kalten Progression, CVP und SP blockieren das Dossier.**

**Unterschreiben Sie unsere Petition**

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

Kanton Luzern

## Neuer Geschäftsführer

**Der Nachfolger von Othmar Wüest ist bestimmt**

Sascha Kretz heisst der neue Mann an der FDP-Schaltzentrale in Luzern. Der 37-jährige Luzerner wird ab Januar 2009 die Nachfolge von Othmar Wüest antreten. Sascha Kretz hat in Zürich Publizistik, Politikwissenschaft sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte studiert und gilt als Marketingfachmann. Zuletzt war er bei Ringier AG als Verantwortlicher für den Einzelverkauf Zeitschriften tätig. Wir wünschen Sascha Kretz einen guten Start und viel Erfolg!

Kanton Solothurn

## Zeichen des Vertrauens

**Die Solothurner Freisinnigen treten mit Esther Gassler und Christian Wanner zu den Regierungswahlen an.**

Die Delegierten der Solothurner FdP haben Christian Wanner und Esther Gassler für eine weitere Amtsperiode im Regierungsrat nominiert. In schwierigen Zeiten setzen die Solothurner Freisinnigen auf Vertrauenspersonen. Finanzdirektor Wanner steht für gesunde Staatsfinanzen und Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler für gute Rahmenbedingungen für die Solothurner Wirtschaft. Die Delegierten haben auch beschlossen, im Alleingang und ohne Listenverbindungen in die Kantonsratswahlen zu steigen. Eine entsprechende Anfrage der SVP haben sie damit abgelehnt.

Kanton Aargau

## FDP erobert Spitzenplatz



**Doris Fischer**

**FDP-Regierungsrat Peter C. Beyeler erzielte das beste Ergebnis bei den Aargauer Regierungswahlen**

Die Regierungswahlen im Kanton Aargau sind für die FDP erfolgreich verlaufen. Baudirektor und FDP-Regierungsrat Peter C. Beyeler schaffte es mit 93 671 Stimmen auf den Spitzenplatz. Das Verdikt des Aargauer Stimmvolkes ist als Anerkennung der guten Leistungen von Peter C. Beyeler zu werten. Die Präsidentin der Aargauer FDP Doris Fischer-Taeschler blieb mit 59 619 nur knapp unter dem absoluten Mehr. Es wird ein zweiter Wahlgang nötig. Es steht noch nicht fest, ob Doris Fischer-Taeschler zum zweiten Wahlgang antritt. Wir gratulieren den beiden FDP-Kandidaten zu ihrem Wahlergebnis und danken ihnen für ihren engagierten Wahlkampf.



**Peter Beyeler**

Kanton St. Gallen

## FDP setzt der Novembersession ihren Stempel auf

**Die FDP konnte ihre Anliegen in der Novembersession des St. Galler Kantonsrates durchsetzen**

Als wichtigstes Geschäft der Novembersession war das Budget 2009 traktandiert. Dank der FDP wird der Staatssteuerfuss um 10 Prozentpunkte reduziert. Im Hinblick auf die sich verschlechternde Konjunktur ist diese Reduktion eine äusserst sinnvolle Massnahme. Die FDP unterstützte auch eine Lohnerhöhung beim Staatspersonal um 3 Prozent. Diese Massnahme ist ein Bekenntnis für die grosse Wertschätzung des Staatspersonals. Die FDP freut sich auch, dass ihre Motion zur steuerlichen Entlastung der Kinderbetreuungskosten mit 69:3 Stimmen deutlich überwiesen wurde.

Kanton Zürich

## Ökologische Motorfahrzeugsteuern

**Die FDP will ökologischere und verursachergerechtere Motorfahrzeugsteuern**

Die FDP-Fraktion im Zürcher Kantonsrat fordert in einer Motion, dass die Motorfahrzeugsteuern ökologischer und verursachergerechter werden. Es sollen Anreize zu ökologischem Verhalten gesetzt werden, ohne aber das Steueraufkommen insgesamt zu erhöhen. Das heutige Verkehrsabgabegesetz stammt aus dem Jahre 1966 und ist veraltet. Mit Steuerermässigungen für den Erwerb umweltfreundlicher Fahrzeuge müssen die richtigen Anreize gesetzt werden. Die FDP fordert auch ein kluges Anreizsystem für alternative Antriebstechnologien.

Kanton Basel-Stadt

## FDP erwirkt ein Wegweisungsgesetz

**FDP-Regierungsrat Hanspeter Gass bringt das Wegweisungsgesetz durch den Grossen Rat**



**Hanspeter Gass**

Der Gesetzesvorschlag vom freisinnigen Regierungsrat Hanspeter Gass setzt sich im Grossen Rat gegenüber einem zahnlosen SP-Gegenvorschlag durch. Möglich wurde dieser FDP-Erfolg im rot-grün dominierten Basler Grossen Rat mit einer Koalition aller vernünftigen Kräfte. Das Gesetz von Gass beruht auf einer Motion von FDP-Parteipräsident Daniel Stolz. Für Wegweisungen braucht es eine klare gesetzliche Grundlage mit einer genauen Regelung. Diesem Anspruch wird das Gesetz von Regierungsrat Gass gerecht.

## Gestärkt in die Zukunft!

Der Vorstand der FDP Vereinigung Öffentlicher Dienst wurde anlässlich der Generalversammlung vom 6. November 2008 in seiner Arbeit für das vergangene Geschäftsjahr bestätigt und die Mitglieder wählten einen neuen Präsidenten und Vizepräsidenten.

### Von Beat Schlatter, Vizepräsident

Am 6. November 2008 führte die FDP Vereinigung Öffentlicher Dienst ihre ordentliche Generalversammlung durch. Als Ehrengäste begrüsst werden durften Frau Nationalrätin Gabi Huber, Fraktionspräsidentin FDP-Bundeshausfraktion, Herr Stefan Brupbacher, Generalsekretär FDP Schweiz, und Herr Adrian Michel, Kampagnenassistent im Generalsekretariat.

Ebenfalls, und in seiner Funktion als Mitglied der FDP Öffentlicher Dienst, konnte auch Herr André Blattmann, CdA a. i., begrüsst werden. Leider mussten sich Herr Fulvio Pelli, Herr Kurt Fluri und leider sehr kurzfristig Frau Christa Markwalder entschuldigen.

Bei den Geschäften ging es – chronologisch – um die Abnahme des Protokolls der letzten Generalversammlung. Dieses Protokoll wurde von der Generalversammlung einstimmig angenommen. An dieser Stelle gebührt Frau Eva Schneeberger für das Verfassen des Protokolls ein herzlicher Dank.

Der Jahresbericht des Vizepräsidenten wurde zu Beginn der Versammlung aufgelegt und beim entsprechenden Traktandum nochmals verlesen. Auch der Jahresbericht wurde einstimmig von der Versammlung genehmigt.

Die Rechnung des vergangenen Geschäftsjahres wurde vom Kassier, Herr Andreas Gertsch, präsentiert und durch die Revisoren den Mitgliedern zur Déchargeerteilung empfohlen. Goutiert wurde dies von den Anwesenden per Akklamation.

Im Folgenden wurde auch dem Antrag der Beibehaltung der Mitgliederbeiträge zugestimmt.

Die in Traktandum 9 und 10 zur Beratung kommenden Pendenzen waren die Wahlen. Wahlen, welche der Vereinigung eine Stabilität für die Zukunft geben sollen.

Die Mitglieder folgten vollumfänglich den Anträgen des Vorstandes und wählten einstimmig Marcel Paolino zum Präsidenten und Beat Schlatter zum Vizepräsidenten. Des Weiteren wurde Herr Marc Siegenthaler zum neuen Revisor gewählt.

### Geschäfte 2009

Die Schwerpunkte, welche sich der Vorstand für das Geschäftsjahr 2009 gesetzt hat, sind vielfältig und werden arbeitsintensiv sein.

Im Vordergrund der Aktivitäten soll das Wachstum unserer Vereinigung stehen. Unser erklärtes Ziel ist es, im nächsten Jahr 10–12% Mitgliederzuwachs zu generieren. Hierbei ist die Mitarbeit unserer Mitglieder gefragt. Diese sind aufgerufen, im nächsten Jahr mindestens je ein Neumitglied zu akquirieren.

Damit kann auch unsere Attraktivität innerhalb der Bundesverwaltung gesteigert werden.

Weiter geht es darum, unseren Namen und unsere Ideen in die Kassenkommission respektive die Delegiertenversammlung der PUBLCA einzubringen. Hier wollen wir ein klares Gegengewicht zu den eher linkslastigen Personalverbänden sein.

Das besondere Augenmerk des Vorstandes gilt jedoch klar dem Reputationsmanagement. Unter Re-



**Der Vorstand nach der Wahl (v. l. n. r.): Beat Schlatter, Vizepräsident; Eva Schneeberger, Beisitzerin und Protokoll; Kurt Hess, Beisitzer; Vera Marantelli, Beisitzerin; Marcel Paolino, Präsident. Leider nicht auf dem Bild ist Andreas Gertsch, Kassier.**

putationsmanagement verstehen wir die Gesamtheit aller systematischen Aktivitäten, die dem Aufbau, der Erhaltung und Verbesserung einer positiven Reputation dienen. Ziel ist es, damit unseren Wert nachhaltig zu steigern. Für uns ist dies eine Verpflichtung zu einer verantwortungsvollen Kommunikation mit allen Interessensgruppen und soll unsere Kultur reflektieren. Im Besonderen soll der intensive und vermehrte Austausch sowohl mit der Bundesverwaltung wie auch mit

allen FDP-Gremien gefördert und intensiviert werden.

Unser Ziel ist und bleibt, für die «FDP. Die Liberalen.» ein starker und unverzichtbarer Partner in der Bundesverwaltung zu werden.

Wir danken allen unseren Mitgliedern für die aktive Teilnahme im vergangenen Geschäftsjahr und wünschen allen

**frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr.**

## Veranstaltungskalender 2009

### 4. März 2009

#### Besuch bei der Schweizerischen Nationalbank SNB in Bern

Treffpunkt: siehe Google Maps

17.00 Uhr: Eintreffen der Gäste im Konferenzgeschoss der SNB, Amtshausgasse 22. 17.10 Uhr: Referat über die SNB. 18.00 Uhr: Besuch des Notenmuseums. 18.30 Uhr: Apéro. 19.00 Uhr ca.: Schluss der Veranstaltung

### Möchten Sie Mitglied werden?

Sind Sie liberal denkend? Sind Sie eventuell sogar in einer FDP-Ortspartei? Arbeiten Sie im öffentlichen Dienst? Sind Sie an einer Mitgliedschaft interessiert? Rufen Sie Herrn Beat H. Schlatter an (079 582 39 20) oder finden Sie unter [www.fdp-od.ch](http://www.fdp-od.ch) das entsprechende Anmeldeformular.

**Internet: [www.fdp-od.ch](http://www.fdp-od.ch)**

## Echte Flexibilisierung und Nachhaltigkeit bei der AHV

Die Bürgerinnen und Bürger haben sich für eine nachhaltige AHV und gegen eine unverantwortbare Sozialpolitik ausgesprochen. Die AHV-Initiative hätte Mehrkosten von über einer Milliarde Franken pro Jahr verursacht.

**Von Philippe Gubler,**  
politischer Sekretär FDP CH

Die FDP setzt sich für eine auf lange Frist gesicherte AHV ein. Von diesem Sozialwerk, das unsere Eltern und Grosseltern aufgebaut haben, sollen auch die heutigen und kommenden Generationen profitieren können.

Das überaus wuchtig ausgefallene Nein zur AHV-Initiative ist auch für eine nachhaltig sichere AHV. Die bis zur Abstimmung sistierte Diskussion über die 11. AHV-Revision in der ständerätlichen Sozialkommission muss nun umgehend wieder aufgenommen werden. Ein wichtiger Kernpunkt dieser Diskussion ist das rasche Vorantreiben der Flexibilisierung des ordentlichen Rentenalters. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist eine individuelle und flexible Pensionierung das zentrale Anliegen. Dazu braucht es aber eine echte Flexibilisierung nach unten und nach oben. Nach heutigem Recht können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Rente 2 Jahre vor dem ordentlichen Rentenalter beziehen, mit entsprechender versicherungsmathematischer Kürzung. Nach dem 64. bzw. 65. Altersjahr kann die Rente jährlich maximal bis zum 70. Altersjahr aufgeschoben werden. Das Aufschieben der Rente führt zu einer Verbesserung der späteren Rentenleistung.

### Flexibilisierung

Die Möglichkeiten für einen flexiblen Altersrücktritt sind also in Ansätzen gemäss heutigem Recht vorhanden, müssen aber den wachsenden Bedürfnissen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach einer umfassenden Flexibilisierung nach unten und nach oben schnellstmöglich angepasst wer-



Philippe Gubler

den. So sollte es in Zukunft möglich sein, ab 62 Jahren eine Vollrente sowie ab 60 Jahren eine halbe Rente zu beziehen mit entsprechender versicherungsmathematischer Kürzung. Im Gegensatz zur abgelehnten AHV-Initiative soll das Weiterarbeiten jederzeit möglich sein, unabhängig davon, ob die Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer eine Teilrente beziehen. Ein Teilbezug der Rente mit vermindertem Arbeitspensum kommt vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entgegen, welche körperlich schwere Arbeit verrichten. Bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit bescheidenem Verdienst fällt die AHV-Rente bei einem Vorbezug bescheiden aus. Bereits heute ist es aber für Personen mit bescheidenem Verdienst möglich, zur AHV-Rente Ergänzungsleistungen zu beziehen. Diesen Personen soll zusätzlich ermöglicht werden, ihre aufgrund des Vorbezugs tiefer ausfallende Rente ab ordentlichem Rentenalter 65 mittels Weiterarbeit bis bspw. 68 aufzubessern.

Das momentane Frauenrentenalter 64 ist zukünftig an dasjenige der Männer anzupassen. Aus Gründen der Gleichberechtigung und der Tatsache, dass immer wie mehr Frauen einer geregelten Arbeit nachgehen, berechtigt einen sol-

chen Schritt. Hier können Übergangsregeln eingeführt werden, wonach die Frauen beispielsweise während fünf Jahren bei einem Rentenvorbezug von einer tieferen versicherungsmathematischen Kürzung profitieren würden. Neben dem Ausbau der Flexibilisierungsmöglichkeiten nach unten soll das Weiterarbeiten nach 65+ flexibler gehandhabt und mit Anreizen ausgestattet werden.

Der Aufschieben der ganzen oder halben Rente soll monatlich möglich sein. Das Aufschieben der Rente soll auch weiterhin zu einer späteren höheren AHV-Rente führen. Durch das Einzahlen der AHV-Beiträge nach 65+ können Beitragslücken bei der AHV-Rente geschlossen werden. Um das Weiterarbeiten bei denjenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu fördern, welche bereits die Maximal-AHV-Rente bekommen würden, könnten zusätzliche Geldleistungen – beispielsweise auf die monatliche Lohnauszahlung – ausbezahlt werden. EU-Länder wie Italien wenden diese Praxis an oder sind daran diese zu prüfen.

### Nachhaltigkeit

Die von der FDP angestrebte und vorgeschlagene Flexibilisierung des Rentenalters sowie die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre wird auf längere Sicht allein die AHV nicht nachhaltig sichern können. Die 11. AHV-Revision macht hier einen ersten Schritt in Richtung nachhaltige Sicherung der AHV, in dem der Bundesrat zukünftige Rentenanpassungen via Lohn- und Preisindex (Mischindex) mit dem Stand des AHV-Ausgleichsfonds koppeln möchte. Fällt der Ausgleichsfonds unter einer bestimmten Marke einer jährlichen Ausgabe, so wird der Mischindex

teilweise oder ganz ausgesetzt. Auch hier ist eine substantielle Verbesserung bei der 11. AHV-Revision notwendig: Die nachhaltige Sicherung der AHV soll sich nach den jährlichen Einnahmen und Ausgaben orientieren. Wenn die AHV während dreier Jahre mehr ausgibt, als sie einnimmt, so wird als Sofortmassnahme der Mischindex ausgesetzt. Das vorgeschlagene Modell kann zusätzlich mit dem AHV-Ausgleichsfonds gekoppelt werden, wobei zwingend die freien verfügbaren Mittel als seriöse Berechnungsbasis verwendet werden müssen. Der Bundesrat wird zudem aufgefordert, innerhalb eines Jahres automatisch eine umfassende AHV-Revision zu unterbreiten, welche die finanzielle Nachhaltigkeit der AHV garantiert. Diese Massnahmen sind griffiger, transparenter und einfacher als diejenigen, welche der Bundesrat vorschlägt.

Die Flexibilisierung des Rentenalters ist konsequent weiterzuführen. Das Weiterarbeiten nach 65+ ist in gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Sicht zu begrüssen: Zum einen bezahlen diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin AHV-Beiträge. Zum anderen entlasten sie bei einem freiwilligen Aufschieben zusätzlich die AHV. Schlussendlich generiert das Weiterarbeiten respektive das erarbeitete Einkommen nach 65+ zusätzliche wertvolle Steuererträge. Ziel der Flexibilisierung ist es, das Rentenalter zukünftig nur mehr als Funktion eines «Regelrentenalters» zu verstehen. Das Ziel ist es, dass das individuelle Rentenalter in jedem Einzelfall frei gewählt werden kann, bei früherem Rentenbezug die Rente jedoch gekürzt wird und bei einem freiwilligen Aufschieben vergrössert werden kann.

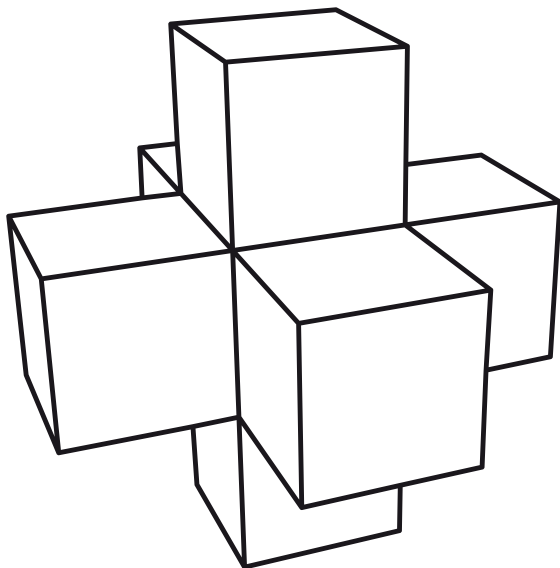


### Chance des Monats

Die FDP begrüsst den Entscheid des Bundesrats, die Ausschaffungsinitiative abzulehnen und ihr einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Bereits Anfang September hat die FDP einen entsprechenden Vorschlag präsentiert und im Parlament eingereicht. Im Bereich der Gewaltkriminalität besteht Handlungsbedarf. Im Gegensatz zur Volksinitiative löst der Vorschlag der FDP das Problem klar, rasch und pragmatisch. Der krasse Missbrauch des schweizerischen Gastrechts muss konsequent geahndet werden. Die Ausschaffungsinitiative löst dieses Problem aber nicht – im Gegenteil: Neue Probleme würden geschaffen. Deshalb hat die FDP einen ausformulierten indirekten Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative vorgelegt. Dieser Gegenvorschlag ist klar, pragmatisch und entspricht den Grundsätzen von Verfassung und Völkerrecht – alles Anforderungen, welche die Initiative nicht erfüllt. SVP und SP haben den Gegenvorschlag in der staatspolitischen Kommission des Nationalrates nicht unterstützt. Das zeigt, dass Linke und SVP nicht an einer Lösung des Problems interessiert sind, sondern das Problem der Ausländerkriminalität weiter bewirtschaften wollen. Trotzdem treibt die FDP ihren Gegenvorschlag weiter voran. Der Bundesrat wird eingeladen, sich trotz des negativen Entscheids der SPK-N bei seinen Arbeiten für einen indirekten Gegenvorschlag auf den unter Führung von Nationalrat Philipp Müller entwickelten Entwurf der FDP zu stützen.

### Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz  
Redaktion «Freisinn»  
Postfach 6136, Neuengasse 20  
3001 Bern  
gnaegi@fdp.ch



### NEU – ein Malbuch für Ihre Kinder!

Die besten und witzigsten «FDP-Zeichnungen» 2008 in gebundener Ausgabe.

Pro St. Fr. 3.–

Bestelladresse: FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern,  
E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 320 35 25

Weitere Artikel finden Sie unter: [www.fdp.ch/shop](http://www.fdp.ch/shop)



### Was wäre Weihnachten ohne Schokolade?

1 kg FDP-Schöggeli Fr. 40.–

Bestelladresse: FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern,  
E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 320 35 25

Weitere Artikel finden Sie unter: [www.fdp.ch/shop](http://www.fdp.ch/shop)





**Vereinbarkeit von Familie und Beruf – ein wichtiges Anliegen für FDP und LPS.**  
Bild: Imago Sportfotodienst

## Vereinbarkeit von Beruf und Familie steuerlich fördern – Arbeitsplätze sichern

Die FDP und die LPS unterstützen generell die vom Bundesrat vorgeschlagene Reform der Familienbesteuerung. Namentlich mit dem Betreuungsabzug wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert und Mobilität und Verfügbarkeit der Arbeitnehmer werden erhöht. Das ist gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wichtig. Die FDP hält an der Forderung nach einer Individualbesteuerung fest.

Der Bundesrat beabsichtigt die Erhöhung des Kinderabzuges von 6100 auf rund 8000 Franken. Zusätzlich soll ein Abzug für die Kosten, welche durch die Fremdbetreuung von Kindern entstehen, eingeführt werden. Die FDP erachtet diese Massnahmen als zweckmässig. Die Familien und damit grosse Teile des Mittelstandes können so wirksam entlastet werden. Die FDP-Fraktion hat bereits im Jahr 2007 in parlamentarischen Vorstössen Erhöhungen der Kinderabzüge gefordert. Die FDP wird nun die vorgeschlagenen Massnahmen detailliert prüfen und ihre Meinung in die Vernehmlassung einfließen lassen. Mit der steuerlichen Entlastung der Familien ist auch der Weg geebnet für den Einheitssatz der Mehrwertsteuer. Hier werden gut verdienende Familien etwas mehr belastet; die vorliegende Reform bringt die notwendigen Kompensationen. Da mit der Mehrwertsteuerreform ein Wachstumsimpuls von 0,3 bis 0,8% BIP ausgelöst werden kann, ist diese Reform dringend nötig. Die FDP und die Liberalen bedauern schliesslich den Verzicht auf die Einführung der Individualbesteuerung. Die beiden Parteien werden sich auch weiterhin dafür einsetzen und entsprechende Forderungen präsentieren.

## Agrarfreihandel mit EU: gut für die Schweiz – Ja zur zeitlich befristeten Bilanzreserve

Die Schweiz braucht offene Märkte. In Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs ist es umso wichtiger, die aussenwirtschaftliche Öffnung voranzutreiben. Dies gilt auch für die Landwirtschaft und die vor- und nachgelagerten Bereiche. Deshalb verlangt die FDP seit langem den Abschluss eines entsprechenden Freihandelsabkommens mit der EU. Die FDP ist mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Schaffung einer zeitlich befristeten Bilanzreserve für Begleitmassnahmen einverstanden. Die Begleitmassnahmen sind im Rahmen des ordentlichen Haushalts zu finanzieren

und der Schuldenbremse zu unterstellen. Steuererhöhungen zur Finanzierung der Begleitmassnahmen lehnt die FDP ab. Der freie Zugang zu ausländischen Märkten gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in unserem Land. Dies gilt auch für die Landwirtschaft und deren vor- und nachgelagerte Bereiche. Diese benötigen eine Zukunftsperspektive, die im Freihandel besteht. Die FDP ist sich bewusst, dass die Öffnung der Märkte die Landwirtschaft vor erhebliche Herausforderungen stellt und Begleitmassnahmen erfordert. Diese werden der Landwirtschaft und den vor- und nachgelagerten Bereichen ermöglichen, den Übergang zu einer offenen Marktsituation zu meistern und die neuen Marktpotenziale zu nutzen. Ein Markt mit 500 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten ist eine Chance für die Schweizer Landwirtschaft mit ihren qualitativ hochstehenden Produkten. Dank Qualität und Innovationskraft – zwei Stärken der Schweiz – hat die Landwirtschaft gute Chancen, sich auf einem geöffneten Markt erfolgreich zu behaupten.

## Eine verantwortungsvolle und vernünftige Lagerung der radioaktiven Abfälle

FDP und Liberale nehmen die Informationen des BFE betreffend der Tiefenlagerung der radioaktiven Abfälle zur Kenntnis. Auf der technischen Ebene sind alle notwendigen Beweise für eine sichere Tiefenlagerung erbracht. Die Probleme für die Standortwahl sind einzig politischer Natur. FDP und Liberale begrüssen die Stossrichtung der vorgeschlagenen 2. Etappe. Sie stehen hinter der Kernenergie als sicherer, CO<sub>2</sub>-freier Energiequelle, die auch in Zukunft eine unabhängige Energieversorgung gewährleistet. Der Schweizer Energiemix aus erneuerbarer Wasserkraft und sauberer Kernenergie bewährt sich heute und in Zukunft. Die Tiefenlagerung der radioaktiven Abfälle ist bereits seit Jahren ein heisses Eisen in der Schweiz. Notwendig ist eine sachliche Diskussion mit vernünftigen und verantwortungsvollen Argumenten aufgrund wissenschaftlicher Analysen. Propaganda und irrationale Angstmacherei sind völlig deplaciert. Mit dem Entsorgungsnachweis ist aus wissenschaftlich-technischer Sicht klar, dass in der Schweiz an mehreren Orten eine sichere Tiefenlagerung der radioaktiven Abfälle möglich ist. Für Mensch und Umwelt bestehen keine



**Kernkraftwerk Gösgen**

Bild: Keystone

unkalkulierbaren Risiken. Die Präsentation von sechs möglichen Standorten für schwach und mittelstark strahlende Abfälle und drei möglichen Standorten für hochradioaktive Abfälle ist ein wichtiger weiterer Schritt in diesem Dossier. Die 2. Phase mit vertieften Abklärungen zur Standortfrage muss zügig beginnen und darf nicht durch die Politik blockiert werden.

Für FDP und Liberale ist es möglich und wichtig eine schweizerische Lösung zur Tiefenlagerung der radioaktiven Abfälle zu finden. Die weitere Nutzung der Kernenergie ist für eine sichere und unabhängige Energieversorgung unseres Landes von essenzieller Bedeutung.

# Alles oder nichts – Glaubwürdigkeit der Schweiz erhalten!

Seit dem Nein in der EWR-Abstimmung von 1992 sind Bundesrat, Parlament und der Souverän mit grossem Verhandlungs-, Ressourcen- und Abstimmungsaufwand erfolgreich den bilateralen Weg mit der EU gegangen. Dieser ist gegen grossen Widerstand durch wichtige und klare Abstimmungsergebnisse bestätigt worden: ja zur Öffnung, nein zur Abschottung.

Von Nationalrat Johann N. Schneider-Ammann, Langenthal

### Verlässlich, glaubwürdig und erfolgreich!

Das im Juni 2002 in Kraft getretene Freizügigkeitsabkommen hat der Schweiz viele wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Vorteile gebracht. Es ermöglicht Schweizerinnen und Schweizern, in der EU zu leben, zu studieren und zu arbeiten. Das Gleiche gilt im Gegenzug für die EU-Bürgerinnen und -Bürger in unserem Land. Unsere Wirtschaft hat damit bessere Chancen, das notwendige qualifizierte Personal aus dem benachbarten Europa zu finden und damit konkurrenzfähig zu bleiben. Gerade jetzt, in konjunkturell schwieriger werdenden Zeiten gilt es, unsere Wettbewerbskraft zu erhalten.

### Schrittweise und kontrollierte Einführung und Erweiterung

Die Umsetzung des Abkommens samt seinen flankierenden Massnahmen hat sich nach nun sieben Jahren nachweisbar bewährt. Den Bedenken der Schweizer Bevölkerung wurde Rechnung getragen: Die Personenfreizügigkeit wurde schrittweise und kontrolliert eingeführt; Lohn- und Aufenthaltsbedingungen werden kontrolliert. Dasselbe gilt für die Erweiterung auf die neuen EU-Staaten Bulgarien und Rumänien. Es werden sich keine Schleusen öffnen, die Lohndumping zur Folge haben. Ein europäischer Sozialtourismus, die Strapazierung unseres Sozialstaates, ein unkontrollierter Zufluss unqualifizierter



Johann N. Schneider-Ammann

Arbeitskräfte und damit verbunden die Verdrängung schweizerischer Arbeitnehmer vom einheimischen Arbeitsmarkt, wie uns dies linke Kreise einreden wollen, lassen sich nicht bestätigen.

Durch ihre gezielte Zuwanderungspolitik bekommt die Schweiz in Europa die am besten qualifizierten Ausländer. Die Wirtschaft zieht aus den bisherigen Erfahrungen eine positive Bilanz. Die Zuwanderung aus den EU- und EFTA-Staaten ergänzt und stärkt unseren Arbeitsmarkt und sein Potenzial. Die stärkste Zuwanderung sah man in jenen Berufsgruppen, in denen die Erwerbstätigen Beschäftigungsgewinne erzielten und in früheren Abschwungphasen ein rascher Arbeitskräftemangel zu verzeichnen war. Dies gilt insbesondere für den Industriestandort, den Werk- und Denkplatz Schweiz.

Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit hängen wesentlich davon ab, ob geeignete Arbeitskräfte gefunden und eingestellt werden können. Gerade in Zeiten aufziehender Konjunkturwolken, verursacht durch die weltweite Finanzmarktkrise, darf die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz nicht unnötig eingeschränkt werden.

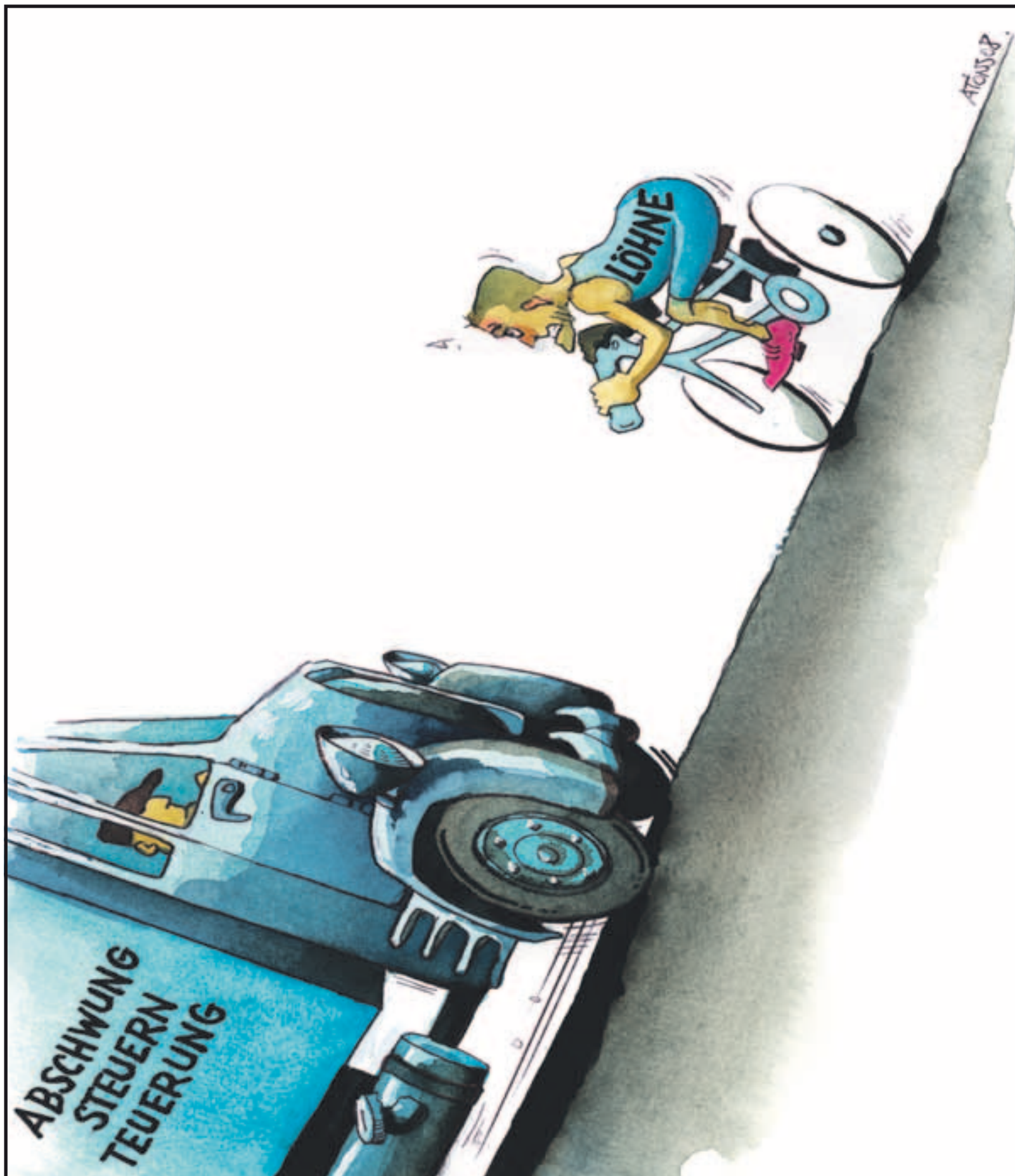
### Zukunft des erfolgreichen bilateralen Weges nicht gefährden!

Das Ergreifen des Referendums, das innen- und parteipolitische Hin und Her der grössten bürgerlichen Partei im Vorfeld der Abstimmung legen dar, dass die Sache nicht zu Ende gedacht worden ist. Ein aus der SVP entstandenes Pro-Komitee führender Wirtschaftsexponenten zeigt erfreulicherweise dem wenig

überzeugenden Slalomkurs der Mutterpartei die rote Karte! Im Abstimmungskampf der Gegner nehmen taktische und innerparteiliche Auseinandersetzungen und Polemik überhand. Sie verfolgen nur ein Ziel: den Weg in die Zukunft eines erfolgreichen bilateralen Weges zu verbauen.

Bei einer Ablehnung der Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit treten sechs Monate nach der offiziellen Kündigung des Abkommens automatisch alle übrigen Bilateralen I ausser Kraft. Wichtige Abkommen in den Bereichen Abbau technischer Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen und Forschungszusammenarbeit wären davon betroffen. Die Regelung von Anliegen und Interessen in Form bilateraler Verträge, ja die Zukunft des gesamten bilateralen Weges würden grundsätzlich in Frage gestellt.

Die Annahme des Referendums eröffnet weder Alternativen noch Perspektiven, sondern verursacht neue Unsicherheiten und belastet die ohnehin schon schwierigen finanz- und steuerpolitischen Spannungsfelder mit Europa. Als exportabhängiges Land, das jeden dritten Franken in Europa verdient, müssen wir den bilateralen Weg weiter gehen. Der Verlust an Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit, verursacht durch rückwärtsgerichtete Verhinderer, ist ein zu hoher Preis. Erst noch würde er nicht von diesen bezahlt, sondern von uns allen, durch Verlust an Arbeitsplätzen und an Wohlstand.



## Das Jahr 2008 in Bildern

Das ganze Jahr hindurch hat die FDP ihre politischen Aktivitäten durch Zeichnungen des Illustrators Trinco dargestellt. Sein Humor wurde auch für unsere Kampagnen und Wahlen eingesetzt. Mit dem heute präsentierten Jahresrückblick erinnern wir Bild für Bild an die wichtigen Dossiers und die prägenden Ereignisse vom Jahr 2008.

### Unsere drei Kernthemen

April 2008 – Am Parteitag in Bern hat die FDP ein klares Zeichen gesetzt. Die Position der Partei in der Schweizer Politiklandschaft wird für die Wählerinnen und Wähler durchsichtiger. Dies dank drei neu definierten Kernthemen:

1. Mehr und bessere Arbeitsplätze
2. Nationaler Zusammenhalt und Sicherung der Sozialwerke
3. Schlanker, bürgerfreundlicher Staat

Seit 20 Jahren hatten die Freisinnigen noch nie ein derart klares und durchschlagendes Programm. Die drei Kernthemen verkörpern die zentralen Werte unseres liberalen Gedankengutes. Sie fungieren als Wirbelsäule unserer politischen Aktivität. Dank den Kernthemen wird unsere Politik kohärenter, wirksamer und sichtbarer.

### Ein schlanker Staat mit einer niedrigeren Mehrwertsteuer

### Die unheilige Allianz zwischen Rot-Grün und SVP bedroht unsere Sicherheit und unsere Arbeitsplätze

Juni 2008 – Die FDP war entschieden gegen diese Rot-Grün-SVP-Allianz, die unsere Armee auf ein Museumsrelikt reduzieren wollte. Die Freisinnigen haben darum auch vehement in die Debatte eingegriffen. Ohne zeitgemässe Ausrüstung kann es keine moderne und wirksame Armee geben. Es geht um die Sicherheit der Schweiz, aber auch um unsere Arbeitsplätze. 900 Millionen des Rüstungsprogramms werden nämlich in unser Land investiert, wodurch so manche KMU und Tausende Arbeitsplätze erhalten werden.

### FDP und LPS sagen JA zu einer sicheren Schweiz

### Ausgleich der kalten Progression

Juli 2008 – Gemäss Kernthema kämpfen FDP und LPS an erster Stelle für Arbeitsplätze und gegen den Verlust der Kaufkraft. Sie fordern deshalb den sofortigen Ausgleich der kalten Progression.

Damit gingen 600 Millionen Franken zurück an die Steuerzahler. Vor allem der Mittelstand würde dadurch entlastet.

CVP und SP, die sich stets für die Unter-

stützung der Verbraucher äussern, belassen es bei Parolen ohne Taten.

### CVP und SP wollen die Steuerzahler nächstes Jahr 600 Millionen Franken zu viel zahlen lassen.

### Gründung der neuen Partei: Tag «X»

Oktober 2008 – Nach einem Verhandlungsprozess im Frühling und einer ausführlichen Konsultation im Sommer stimmen die Delegiertenversammlungen der FDP und der LPS am 25. Oktober ab. Die Gründung der Partei FDP. Die



Liberalen ist entschieden. Mehrere Jahre gemeinsamer Arbeit haben es ermöglicht, dass in der Schweiz ein neuer liberaler Pol entsteht. Die

Entscheidung ist vielversprechend:

Die neue Partei wird zur ersten politischen Kraft in den Kantonen, zur zweiten in den Städten und zur dritten Kraft auf nationaler Ebene, knapp hinter der SP.

Die Bundesparlamentarier der LPS und FDP waren bereits seit 2003 in einer und derselben Fraktion vereint. Es handelt sich demnach um die logische Folge





eines längeren Prozesses. Die neue Partei vereint Werte und Projekte von Gleichgesinnten.

**FDP. Die Liberalen: Neue Perspektiven – Gute Ideen für die Schweiz – FDP-LPS: ein Gewinner-Team**

**AHV-Kampagne: die sogenannte flexible Rente**

November 2008 – FDP und die LPS sind entschieden gegen die AHV-Initiative der Gewerkschaften und der SP. Sie kritisieren zudem die populistische und trügerische Kampagne der Initianten: In Tat und Wahrheit schlägt die Initiative keine Flexibilisierung vor, sondern eine generelle Senkung des Rentenalters: Rentenalter 62 für 90% der Schweizerinnen und Schweizer.

Die Jungfreisinnigen sind sich der Tragweite dieser Abstimmung bewusst und mobilisieren sich entsprechend für die Unterstützung der Kampagne: «Kein Raubzug auf die AHV».

**Die drei Affen aus dem japanischen Sprichwort erinnern uns daran, dass es sich bei**

**Schwierigkeiten nicht lohnt, zu schweigen, wegzusehen und wegzuhören.**

**Den bilateralen Weg nicht zerstören: JA zu Arbeitsplätzen**

Dezember 2008 – Die Abstimmung über die Fortsetzung des bilateralen Weges vom 8. Februar 2009 ist für die Schweiz von zentraler Bedeutung. Die FDP übernimmt das Leadership der Befürworter-Kampagne.

Ab dem 1. Dezember 2008 äussern sich FDP und LPS auf neue Art und Weise für den bilateralen Weg. Christoph Blocher, Toni Brunner und Gleichgesinnte, die nach andauerndem Hin und Her nun zum vierten Mal in vier Jahren den bilateralen Weg zerstören wollen, werden humorvoll, aber direkt angesprochen. Ihre populistische Haltung ist in der Tat verantwortungslos, wenn man bedenkt, dass in der Schweiz einer von drei Arbeitsplätzen vom Handel mit Europa abhängt.

**Den bilateralen Weg nicht zerstören, JA zu Arbeitsplätzen am 8. Februar 2009**

# Kein Raubzug auf die AHV



## Nein

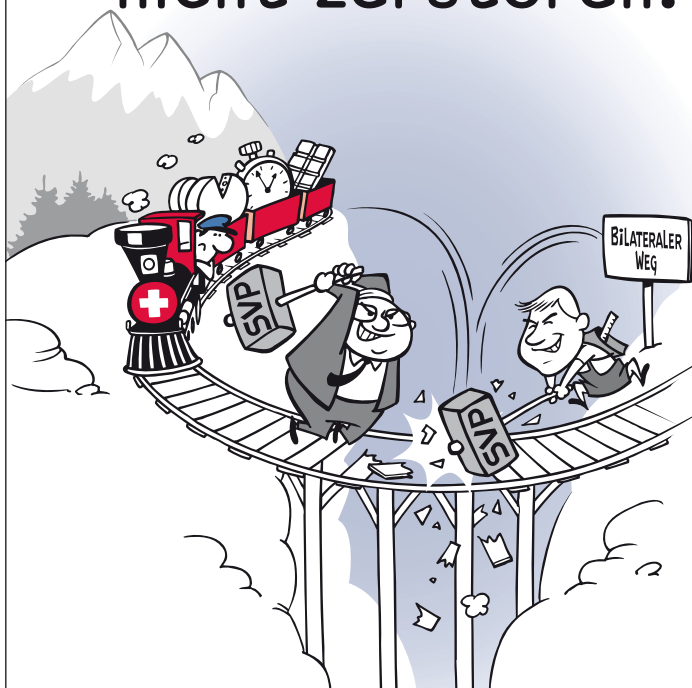
Zur AHV-Initiative am 30. November

**FDP**  
Wir Liberalen.

**LIBERAL**

FDP Schweiz, Postfach 61316, 3001 Bern, www.fdp.ch/ahv

# Bilateralen Weg nicht zerstören!



## JA zu Arbeitsplätzen zu den Bilateralen

**FDP**  
Wir Liberalen.

**LIBERAL**

FDP Schweiz, Postfach 61316, 3001 Bern, www.fdp.ch

## Aktionsplan zur Gleichstellung: Die Stadt Bern setzt ein klares Zeichen

Die Stadt Bern leistet Pionierarbeit auf dem Gebiet der Gleichstellung von Frau und Mann. Als erste Schweizer Gemeinde setzt sie einen eigenen Aktionsplan für die Umsetzung ihrer Ziele im Bereich Gleichstellung in Kraft. Er wurde von der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann (FFG) und einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe während des letzten Jahres erarbeitet.

Von Claudine Esseiva

### Fünf Schwerpunkte für mehr Gleichstellung und Lebensqualität

Der Aktionsplan setzt auf fünf Schwerpunkte. Erstens will die Stadt bessere Voraussetzungen für eine partnerschaftliche Aufteilung von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Familienarbeit schaffen: etwa mit einem weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, aber auch mit der Förderung der Lohngleichheit bei Firmen und Institutionen, die im Auftrag der Stadt arbeiten. Zweitens sollen öffentliche Einrichtungen, städtische Ressourcen und Dienstleistungen für Männer wie für Frauen gleichermaßen attraktiv und zugänglich



sein. Der Aktionsplan sieht dafür unter anderem vor, dass mehr Fachfrauen an wichtigen Bau- und Planungsvorhaben der Stadt mitreden und den öffentlichen Raum mitgestalten.

Einen dritten Schwerpunkt setzt die Stadt bei der Unterstützung von jungen Frauen und Männern im

Schul- und Freizeitbereich. Viertens will die Stadt konsequent gegen alte und neue Formen geschlechtsspezifischer Diskriminierung oder Gewalt angehen: So wird sie sich für ein Stadtbild ohne Werbung mit sexistischen Motiven einsetzen, die häusliche Gewalt bekämpfen und Massnahmen gegen den

Frauenhandel sowie gegen Zwangsheirat ergreifen. Den fünften Schwerpunkt will die Stadt bei der Gleichstellung innerhalb der Stadtverwaltung setzen, um als vorbildliche Arbeitgeberin auch weiterhin mit gutem Beispiel vorangehen zu können.

[www.aktionsplan.bern.ch](http://www.aktionsplan.bern.ch)

## Fünf Fragen an: Carla Speziali

Stadtpräsidentin Locarno (FDP), Anwältin, 1 Sohn

1. Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?

Ich war schon immer eine sehr engagierte Person. Und für mich heisst Politik Engagement: für meine Stadt, meine Region, mein Land, es bedeutet aber auch Einsatz für meine persönlichen Ideen. Um dies zu leben und umsetzen zu können, entschied ich, mich politisch zu engagieren. Seit über vier Jahren bin ich nun Stadtpräsidentin von Locarno und hatte damit die Möglichkeit, die schönen sowie die weniger schönen Seiten der Politik

zu testen. Unter dem Strich darf ich sagen, dass sich das Engagement bis anhin gelohnt hat.

2. Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Mir gefallen sehr viele Dinge meines Landes: die politische Stabilität, das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen, Sprachen und Mentalitäten, die soziale Sicherheit, aber auch die Natur, die Landschaft, die Schönheiten unseres Landes, die Städte und Dörfer in der italienischen Schweiz wie auch in den übrigen Landesteilen. Ich bin stolz darauf, Schweizerin zu sein, weil wir das Bindeglied zwischen Nord- und Südeuropa sind

und weil wir diese Situation Tag für Tag in der Realität leben. Speziell hier im Tessin. Ich glaube, das ist eine typisch schweizerische Eigenheit, um die uns viele andere Länder, auch in Europa, beneiden.

3. Was war Ihr politischer Höhepunkt?

Sicher die Wahl zur Stadtpräsidentin meiner Stadt Locarno vor vier Jahren wie auch die Wiederwahl in diesem Jahr.

4. Welchen Ratschlag geben Sie einer jungen Politikerin?

Seien Sie immer sich selbst. Leben Sie ihre Ideen, ohne Rücksicht auf parteiliche Vorgaben und Parolen. Und falls Sie sich für die Poli-

tik entscheiden, ist volles Engagement notwendig, Tag für Tag.

5. Wenn beamen möglich wäre, wohin oder in welche Zeit ginge Ihre Reise?

Ich würde mich fünftausend Jahre zurückbeamten in die Zeit der ägyptischen Hochkultur. Die Ägypter konstruierten Pyramiden und Tempel, die mit unserer heutigen Technologie nur schwer in dieser Präzision auszuführen wären. Ebenso vollbrachte die Medizin, mit ihren Heilmethoden und komplexen chirurgischen Eingriffen Wunder am Menschen. Und Ägypten ist in mancherlei Hinsicht der Ursprung für unsere eigene Kultur.

## Das Pilotprojekt Betreuungsgutscheine startet

Die Stadt Luzern leistet Pionierarbeit. Ab dem 1. April 2009 können Eltern Betreuungsgutscheine für die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter beziehen. Mit diesem neuen Ansatz werden Wahlfreiheit und Chancengleichheit besser gewährt. Eltern können neu den Betreuungsplatz frei wählen. Es werden alle Eltern unterstützt und nicht wie bisher nur die, die einen Platz in einer subventionierten Krippe haben.

Von **Claudine Esseiva**

### Systemwechsel

Der Wechsel von der Objektfinanzierung (Krippe) zur Subjektfinanzierung (Kind) ist ein Novum in der Schweiz. Die Stadt Luzern führt als erste Gemeinde in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) dieses Pilotprojekt durch. Ausländische Erfahrungen wie zum Beispiel in Hamburg haben gezeigt, dass Betreuungsgutscheine durchaus eine pragmatische und effiziente Lösung sind. Jetzt gilt es dieses System auch in der Schweiz zu testen. Die Erwartungen sind hoch. Man erhofft sich, durch diesen Wechsel mehr Dynamik in den Markt der familienergänzenden Betreuungsstrukturen (Krippen und Tageseltern) zu bringen und somit auch mehr Plätze zu schaffen. Genügend familienergänzende Betreuungs-

strukturen und eine pragmatische und effiziente Finanzierung sind der Grundstein für die von der FDP geforderten Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

### Was heisst dies konkret?

Eltern können ab sofort bei der Stadt Luzern einen Antrag auf die finanzielle Unterstützung durch Betreuungsgutscheine stellen. Die Höhe der finanziellen Unterstützung ist abhängig vom steuerbaren Einkommen und vom Erwerbseinkommen der Eltern. Auf der Internetseite der Stadt Luzern [www.stadtluzern.ch/betreuungsgutscheine](http://www.stadtluzern.ch/betreuungsgutscheine) kann mit einem einfachen Gutscheinechner die individuelle Höhe des Betreuungsguteschines online berechnet werden.

Den Eltern steht anschliessend eine Auswahl aus zugelassenen Kindertagesstätten und Tageselternvermittlungen aus der Stadt Luzern

und Agglomeration zur Verfügung. Somit haben die Eltern die freie Wahl, welche Krippe oder Tageseltern für sie am besten geeignet sind.

### Evaluation zur Qualitätssicherung

Die Qualität der Betreuungseinrichtungen steht im Zentrum der Evaluation, die durch das BSV begleitet wird. Dadurch soll gewährt werden, dass die Qualität durch den Systemwechsel nicht leidet. Wenn nötig, werden allfällige Anpassungen am Pilotversuch umgehend eingeleitet.

Die FDP unterstützt diesen Ansatz. Es zeigt sich, dass ein Umdenken stattgefunden hat und sich nun Gesellschaft, Politik und Wirtschaft der Notwendigkeit bewusst sind und offen sind, neue Lösungen zur Verbesserung der aktuellen Situation zu prüfen.

## Fachtagung zur familienergänzenden Betreuung

Ein Generationenprojekt in privater und staatlicher Verantwortung

Von **Claudine Esseiva**

Studien des Bundesamtes für Statistik (BfS) zeigen, dass jedes zweite Kind unter fünf Jahren familienergänzend betreut wird. Rund zwei Drittel der Mütter mit Kindern unter fünf Jahren sind, wenn auch oft mit einem teilzeitlichen Pensum, erwerbstätig. Aufgrund dieser Tatsachen stellt sich heute nicht mehr die Frage, ob familienergänzende Betreuung im Vorschulalter grundsätzlich gut oder schlecht ist, sondern wie sie im Interesse des Kindes und aller Beteiligten ausgestaltet und organisiert werden kann.

Die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) hat eine Herbsttagung zum Thema der familienergänzenden Betreuung organisiert. Fachspezialisten, Politiker und Vertreter der Wirtschaft debattierten über Prioritäten und allfällige Lösungswege.

Die Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz, Frau Jacqueline De Quattro, diskutierte zusammen mit Frau Lucretia Meier Schatz (CVP), Frau Jacqueline Fehr (SP) und Herr Toni Bortoluzzi (SVP) über den Handlungsbedarf aus der Sicht der Politik. Es wurde schnell klar, dass

FDP, CVP und SP sich der Notwendigkeit nach Betreuungsplätzen bewusst sind. Es gilt nun zusammen, die für die schweizerischen Anforderungen angepassten Lösungen (z. B. Betreuungsgutscheine) zu finden. Ein genügendes Angebot an Betreuungsplätzen ist die Basis für die Chancengleichheit. Klar herausgestrichen wurde, dass die Betreuungsstrukturen kein Ersatz für die Familie sind, sondern ergänzend zur Familie stehen. Die Anforderungen an Betreuungsstrukturen müsse neu überdenkt und allgemein gültig festgehalten werden.

Das Fazit nach dieser interessanten Fachtagung: Eine Mehrheit des politischen Lebens ist sich des Handlungsbedarfs bewusst. Ideologie ist in dieser Diskussion am falschen Platz, vielmehr müssen Gesellschaft, Staat und Wirtschaft gemeinsam Lösungen erarbeiten. Wenn wir wollen, dass Familien in Zukunft frei entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten wollen, müssen wir uns nun aktiv um das Thema familienergänzende Betreuungsplätze kümmern.

Weitere Informationen können Sie unter der Website [www.sagw.ch](http://www.sagw.ch) finden.

## Grosserfolg für die Jungfreisinnigen Schaffhausen

Fabian Käslin erklärt das Rezept des Erfolges

*Was glaubst du, war der entscheidende Faktor im Wahlkampf?*

Der Erfolg lässt sich durch mehrere Faktoren erklären: Erstens haben die Jungfreisinnigen ein «scharfes» Profil in Schaffhausen. Wer uns wählt, weiss, was er wählt: weniger Steuern, weniger staatliche Bevormundung und mehr Sicherheit. Dafür stehen wir kompromisslos ein. Zweitens sind wir keine Jungpartei, die nur aus Goodwill von ein paar Freisinnigen gewählt wird. Wir sind eigenständig, wir sind extrem aktiv, und wir sind kein Anhängsel der FDP. Wir sind eine kompromisslos freiheitliche Partei – deshalb werden wir gewählt und nicht bloss, weil wir jung sind. Drittens haben wir unterdessen eine breite Mitgliederbasis, mit vielen sehr engagierten und auch bekannten Kandidaten. In einzelnen Wahlkreisen konnten wir so einen Anteil von sagenhaften 12% erreichen.

*Habt ihr auf spezielle Art Wahlkampf gemacht?*

Mit Facebook und [www.jfsh.mobi](http://www.jfsh.mobi). Wichtig ist aber Profil, Profil, Profil. Erreichen tut man das mit klaren Aussagen – auch wenn man sich damit nicht nur Freunde schafft. Aber es gilt: die JF steht für Freiheit. Kompromisslos. Dies haben wir in un-

serer Kampagne immerzu klar formuliert. Sei es auf Plakaten oder in Inseraten. Zu diesen klassischen Wahlkampfmethoden kommen auch neue Projekte ergänzend hinzu: So wird das Internet immer wichtiger. Hier waren wir einerseits auf dem Social-Network Facebook stark präsent, und andererseits haben wir ein sog. WAP-Portal für unsere Wähler eingerichtet: Übers Handy konnte so jeder unsere Kandidaten betrachten, unser Programm lesen und unsere Termine studieren. Diese modernen Varianten des Wahlkampfes werden immer wichtiger und sind erst noch günstig.

*Was macht euch einzigartig in der Schaffhauser Parteienlandschaft, so dass man euch gewählt hat?*

Keine andere Partei steht in Schaffhausen so deutlich, so kompromisslos für Freiheit ein wie die JFSH. Wer weniger Staat und mehr Freiheit will, wählt die JFSH. Wer den Staat massiv zurückbinden möchte, wählt die JFSH. Wer tiefe Steuern will, wählt die JFSH. Das klingt alles nicht sehr neu, nur stehen wir im Vergleich zur FDP oder SVP kompromisslos für die Freiheit ein. Auch dann, wenn es vielleicht mal weh tut. Am Ende zahlt sich das positiv aus. Unser Ergebnis hat das deutlich gezeigt.

*Von was oder welcher Aktion warst du positiv überrascht?*

Positiv überrascht haben mich vor allem all «meine» Jungfreisinnigen. So viel Engagement, sei es beim Plakatekleben, beim Aufstellen der Plakate, bei Standaktionen oder einfach im Ausgang bei der persönlichen Werbung: Den Einsatz, welchen die knapp 50 JFSHler im Wahljahr geleistet haben, ist unbezahlbar und verdient allerhöchsten Respekt.

*Was würdest du das nächste Mal anders machen?*

Anders eigentlich nichts. Aber mehr. Das heisst noch mehr Kandidaten, noch mehr engagierte Mitglieder auftreiben, noch mehr Werbung und vor allem: noch mehr Freiheit. Damit gewinnt man Wahlen.

*Was sind die wichtigsten Tipps, die man beachten sollte?*

Nichts ist wichtiger als Profil. Man muss auch einmal andere Meinungen als den Mainstream vertreten können, und gerade als Freisinnige muss man das eben auch. Man muss es auch in schwierigen Zeiten tun: Gerade jetzt in der Finanzkrise muss man sich als (Jung-) Freisinniger gegen den wachsenden Staat wehren. Nur so ist man glaubwürdig und nur so gewinnt

### Info

Die Jungfreisinnigen Schaffhausen haben bei den Kantonsratswahlen einen Grosserfolg erzielt. Neu haben sie 2 Sitze im Rat und kommen auf einen Wähleranteil von 3%. Die jfs gratulieren dem Team ganz herzlich und befragen den Präsidenten der JFSH, Fabian Käslin, über die Erfolgsfaktoren.

man nachhaltig – weil glaubwürdig – an Profil.

*Was sind eure weiteren Ziele?*

Die JFSH muss weiter wachsen. Im Moment sind wir die jüngste Partei in Schaffhausen – der Durchschnitt unserer 50 Mitglieder beträgt gerade mal 22 Jahre. Wir werden mit unseren beiden Kantonsräten in der nächsten Legislatur sehr aktiv sein, und wir werden als Partei auch hie und da wieder eine Initiative lancieren oder ein Referendum ergreifen. Halt immer dann, wenn die Freiheit der Bürger bedroht ist. Wir sind zuversichtlich, dass wir so unseren Wähleranteil bei den Wahlen in vier Jahren noch einmal kräftig steigern können.

### Wir gratulieren den Gewählten



Fabian Käslin



Nihat Tektas



Florian Hotz



Till Hardmeier



## Tagung «Liberalismus und Islam»

Am Wochenende des 8. und 9. November sind die Jungfreisinnigen anlässlich einer Tagung mit Vertretern der muslimischen Bevölkerung in einen Dialog getreten und haben verschiedene Aspekte des Islam und der Integrationspolitik diskutiert.

### Von Alain Schreiner, International Officer Jungfreisinnige Schweiz

Da demografische Studien eine Zunahme des muslimischen Bevölkerungsanteils in der Schweiz prognostizieren (bis zu 10 Prozent in den nächsten 10 Jahren), ist die Integration der muslimischen Glaubensgemeinschaft in unser Gesellschafts- und Staatsleben für ein friedliches Zusammenleben von grosser Bedeutung. Angesichts der weitreichenden Bedeutung dieser Thematik widmeten ihr die Jungfreisinnigen Schweiz eine Tagung.

Zu Beginn der Veranstaltung erläuterte Raim Mustafi, Delegierter der Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich (VIOZ), die integrationspolitischen Kernanliegen der muslimischen Bevölkerung. Der Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften habe sich in den vergangenen Jahren stetig verbessert, und ebenso sei die Akzeptanz des Islam in der Bevölkerung gestiegen. Um diesen positiven Prozess fortzusetzen, seien Anstrengungen von allen beteiligten Parteien notwendig. Die Schaffung

von Transparenz über das Leben in muslimischen Glaubensgemeinschaften, das Einbringen von konstruktiven pragmatischen Lösungsvorschlägen und eine stärkere Anteilnahme am politischen Alltagsgeschehen seien Herausforderungen für die Muslime. Von staatlicher Seite forderte Mustafi die regelmässige Durchführung eines Erfahrungsaustausches mit den Behörden und die Einführung obligatorischer Integrationskurse für alle Personen mit Migrationshintergrund.

Bassam Tibi, Professor für Internationale Beziehungen in Göttingen (D) und Cornell (USA) und einer der führenden Islam-Experten im deutschsprachigen Raum, machte sich in seinem Referat für einen Wertekonsens zwischen dem Islam und Europa stark. Grundlage hierfür bilde die Unterscheidung zwischen dem Islam als friedliche Weltreligion und dem Islamismus, welcher als fundamentale politische Bewegung den Islam missbrauche und sicherheitspolitisch bekämpft werden müsse. Durch ei-

nen Dialog der Religionen in Frieden könne der gegenseitige Respekt gestärkt und eine die europäischen Werte beachtende islamische Religionslehre vermittelt werden.

Der zweite Seminartag stand ganz im Zeichen eines Streitgesprächs zwischen dem langjährigen NZZ-Nahost-Korrespondenten Dr. Arnold Hottinger und dem «Weltwoche»-Redaktor Dr. Philipp Gut. Nachdem beide Teilnehmer in Referaten ihre Sichtweise zur Integration und Vereinbarkeit von Islam und westlichen Grundwerten dargelegt hatten, wurde vorwiegend über den Karikaturenstreit und die Darstel-

lung des Islam in den Medien debattiert. Die unterschiedlichen Standpunkte der Referenten animierten auch das Publikum, welches die Diskussion mit zahlreichen Wortmeldungen aktiv mitgestaltete.

Diese Tagung ermöglichte den Teilnehmenden einerseits, ihr Wissen über den Islam zu stärken, und andererseits, mit Vertretern der muslimischen Glaubensgemeinschaft und namhaften Experten in Kontakt zu treten. Die Jungfreisinnigen werden sich weiterhin für einen offenen Dialog zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinschaften einsetzen.



### Ankündigung Seminar

#### Prävention – Sozialwerke entlasten durch Eigenverantwortung

Samstag, 11. Januar 2009, 9:00 Uhr bis 14:00 Uhr  
Hauptquartier Swiss Life, General-Gülden-Quai 83, Zürich

**Programm:**

- 9:00 Begrüssung durch die Spitzen der beiden Jungparteien  
L. Schneller, Präsidentin JFS und S. Oberbeck, Präsident JCVP
- 9:05 Prävention im Spannungsfeld von Regulierung und Eigenverantwortung  
B. Gehrig, Verwaltungsratspräsident Swiss Life
- 9:20 Die IV – eine Krankengeschichte  
K. Gentina, Stv. Direktorin Avenir Suisse
- 10:00 Früherkennung als Erfolgsfaktor  
M. Gysin, Leiter IV-Stelle Zürich
- 10:30 Prävention statt Schadenserledigung  
D. Bräm, Leiterin Underwriting & Leistungen Swiss Life
- 10:50 Pause
- 11:00 Case Study zur Prävention in parallel geführten Workshops  
anschliessend Diskussion im Plenum
- 12:20 Zusammenfassung der Tagungsergebnisse und Ausblick  
S. Hedinger, Head Public Affairs Swiss Life
- 12:30 Stehlunch und Gesundheitscheck

Anmeldung bis am 22.12.08 an [brams@jungfreisinnige.ch](mailto:brams@jungfreisinnige.ch)

www.jungfreisinnige.ch

# Liberaler Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Finanzkrise hat die Welt und die Schweiz erschüttert und gefährdet zunehmend die Realwirtschaft. Wir stehen wirtschaftlich vor der grössten Herausforderung der vergangenen Jahrzehnte. Sind wir als Land, sind wir als Partei gewappnet?

In den kommenden, wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist unser Land als Exportnation dem Konsumentenstreik der USA und Europas ausgesetzt. Allerdings haben unsere Unternehmen die Hausaufgaben gemacht. Die Produktivität ist hoch und finanzielle Reserven wurden angelegt. Gleiches gilt für die Politik: Dank Schuldenbremse und guter Haushaltspolitik von Bundesrat Merz war nicht nur das Stützungsprogramm für die UBS möglich, sondern gibt es auch Munition für den Konjunkturabschwung.

Allerdings: Der Giftschränk linker Medizin steht weit offen. Gefordert werden Konjunkturprogramme, Verstaatlichung von Banken oder Regulierungsoffensiven. Diesem Giftmix treten wir entgegen. Die weltweite Rezession verteilt die Karten im globalen Standortwettbewerb neu. Dank guter Wirtschaftspolitik überstehen wir nicht nur den Sturm heil, sondern können die Chancen des Aufschwungs nutzen. Die FDP schlägt folgende sechs Massnahmen vor:

## Vertrauen ins Finanzsystem herstellen

Dafür braucht es wie immer in Krisenzeiten Leadership – und nicht viele Leader. Beispiel das UBS-Rettungspaket: Der Bundesrat hat gehandelt, während andere Regierungen ankündigten und mit ihren Parlamenten verhandelten. Über Wochen haben Verwaltung und Regierung dichtgehalten, was unter der Blocher-Ära mit ihrem direkten Draht zur «Weltwoche» unmöglich gewesen wäre. Nun ist das Parlament an der Reihe. Dieses hat das Paket rasch anzunehmen. Wie viel es den Steuerzahler kosten wird, diskutieren wir in drei bis vier Jahren.

Sodann ist die UBS weiter gefordert. Nach dem neuen Besoldungsschema und den zusätzlichen Rückzahlungen früherer Manager bedarf es v.a. einer Lösung des Rechtsstreits mit den USA. US-Bürger, welche auch in der Schweiz strafbaren Steuerbetrug verübten, sollen nicht geschützt werden. Da in der Finanzkrise und angesichts des US-Drucks nicht auf abschliessende Urteile der Gerichte gewartet werden kann, braucht es eine innovative Lösung, welche das Bankgeheimnis als Institution nicht angreift.

## Keine regulatorischen Schnellschüsse

Wir brauchen bessere, nicht mehr Regeln. Verzichten wir deshalb auf regulatorische Schnellschüsse. Keine Panik, keine Racheaktionen wie staatlich festgelegte Lohnobergrenzen, keine Verstaatlichung der Banken oder Banklizenz für die Post, keine Überregulierung im Aktienrecht, sondern wohlüberlegte Anpassungen der Spielregeln und der Kontrollkompetenzen. Wir brauchen nicht mehr, sondern bessere Regulierungen. Vergessen wir nicht, dass der Staat mit seiner Politik des billigen Geldes diese Blase erst ermöglicht hat.

## Keine unnötigen Konjunkturprogramme

Verzichten wir auf Konjunkturprogramme: Zwar stimmt die FDP den begrenzten Massnahmen des Bundes zu. Aber weitergehende Konjunkturprogramme werden abgelehnt. Sie wirkten meist zu spät, waren nicht zielgerichtet und ihr Effekt wurde bis zu 70% ins Ausland exportiert. Mehr noch: Selbst die OECD, welche die Staaten zurzeit generell zu einer aktiveren Fiskalpolitik aufruft, nimmt hier in ihrem

jüngsten Bericht zur Wirtschaftslage die Schweiz explizit aus. Weiterhin haushälterisch mit Geld umzugehen, bleibt eine zwingende Tugend. Die Ausgaben der Sozialwerke werden in den kommenden Jahren wegen der Demografie und des schleppenden Wirtschaftswachstums zunehmen, und zusammen mit den geplanten Konjunkturprogrammen wird nach der Verschuldung der Konsumenten die Verschuldung der Staaten zur nächsten Blase. Die Tabelle (Seite 19) zeigt, wie die Verschuldung wichtiger Staaten weltweit 2009 zunehmen wird. Das hat Auswirkungen auf die Märkte: So zahlen Italien und Griechenland bereits deutlich höhere Zinsen für ihre Staatsanleihen als beispielsweise Deutschland. Die Linken werden in den kommenden Jahren versuchen, über die Wirtschaftskrise die Schuldenbremse auszuhebeln. Das bietet die Gelegenheit für eine klare Gegenposition: Wir müssen vielmehr wie bisher die Ausdehnung der Schuldenbremse auf ausserordentliche Ausgaben sowie die Sozialausgaben fordern und beispielsweise bei der AHV aktiv vorschlagen. Das klare Nein zur AHV-Initiative ist hier ein Auftrag für eine liberale Politik!

## Entlasten wir Konsumenten und Investoren

Die FDP-Delegierten haben bereits im September einstimmig den Ausgleich der kalten Progression auf 2009 gefordert. Das würde 3,2 Mio. Steuerpflichtige um jährlich 600 Mio. entlasten. CVP und SP haben hier rasches Vorgehen verhindert. Zweitens fordern wir das Einfrieren der Gebühren. Verursacherprinzip und Kostendeckung bedeuten nicht, dass Gebühren endlos steigen müssen, sondern dass auch Staatsbetriebe dank Innovation und Wettbewerb ihre Kosten senken und effizienter werden. Drittens fordern wir statt Konjunkturprogrammen steuerliche Anreize für die rasche energetische Sanierung von Gebäuden. Hier können massiv CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart, die Heizkostenrechnungen der Mieter reduziert und der Gebäudewert gesteigert und das Baugewerbe gestützt werden. Doch statt wie von links gefordert administrativ aufwändig 100 Mio. Franken Steuer-gelder umzuverteilen und damit in einem Renovationsmarkt von 14 Mrd. Franken wenig zu bewirken, schlägt die FDP Steueranreize vor: Wie der Forschungsaufwand bei Unternehmen sollen Hauseigentümer ihren Renovationsaufwand über

Differenz	Ledige	Familien
25 000	5	0
50 000	33	29
80 000	135	81
100 000	185	141
120 000	215	229
150 000	321	515
200 000	458	515
500 000	458	515

Differenz	Ledige	Familien
25 000	5,7%	0
50 000	6,7%	11,4%
80 000	7,6%	6,8%
100 000	5,9%	6,5%
120 000	4,4%	6,5%
150 000	4,0%	7,5%
200 000	3,2%	3,9%
500 000	0,8%	1,0%

mehrere Jahre von den Steuern abziehen können. Damit wird unbürokratisch und rasch eine Renovationswelle ausgelöst.

**Verbesserung der Rahmenbedingungen**

1. Nutzen wir die Krise für Vereinfachungen und fördern wir damit den schlanken und bürgernahen Staat: Führen wir den MWSt-Einheitssatz ein, der bis 0,8% BIP-Wachstum auslöst. Das ist wichtiger als die populistische Forderung für Parallelimporte bei patentgeschützten Gütern, was bloss 0,0–0,1% BIP-Wachstum bewirkt, aber unsere National Champions im krisenresistenten Pharmasektor ins Ausland treibt. Führen wir rasch das Cassis-de-Dijon-Prinzip ein, und erlauben wir auch Schweizer Produzenten, nach einfacheren EU-Standards zu produzieren. Harmonisieren wir die 30 000 Seiten kantonaler Baugesetze, und verbilligen wir so das Bauen.

**Forcieren wir wirtschaftliche Öffnung**

Schliesslich gilt es die Öffnung und Vernetzung der Schweiz weiterzuführen. Unser Land kann von der Internationalisierung nur gewinnen. Am 8. Februar braucht es deshalb ein klares Ja zu den bilateralen Verträgen. Ein Nein ist keine Alternative: Selbst wenn die EU die Guillotine-Klausel nicht sofort anwenden würde, würde sie sofort das Zinsbesteuerungsabkommen neu verhandeln wollen und damit den Ban-



**Hauseigentümer sollen Renovationsarbeiten von den Steuern abziehen können. Dies wäre eine von vielen Massnahmen.**

Bild: Mathys Fischer

kenplatz massiv gefährden. Die Bilateralen alleine genügen aber nicht. Freihandel ist wie ein Fahrrad, das bei Stillstand umzufallen droht. Anders als 1930 darf die Globalisierung diesmal nicht fallen. Die FDP hat den Bundesrat deshalb nach der Wahl Obamas aufgefordert, als Vertreter des Sitzlands der WTO eine Initiative zum raschen Abschluss der Doha-Runde zu lancieren. Ein Abschluss hätte Signalwirkung. Doch auf die multilaterale Schiene alleine können wir uns nicht verlassen: Der Bundesrat soll deshalb Obama auch die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu

einem Freihandelsabkommen anbieten, mit der EU das Freihandelsabkommen im Agrarsektor verhandeln und Verhandlungen mit den BRIC-Staaten aufnehmen. Gerade Letztere sind wichtig: China wird künftig mehr Gewicht haben. Belehungen braucht die Milliardennation China weder von der Schweiz noch vom Westen generell. Aussenpolitik ist Interessenpolitik. Vergessen wir nicht, dass die Kolonialmächte vor ca. 150 Jahren China im Opiumkrieg den Import von Heroin aufgezwungen haben.

Das chinesische Zeichen für Krise setzt sich aus den Zeichen

Gefahr und Chance zusammen. Für die FDP als positive Kraft der Schweiz gilt es die Chancen zu packen. Mit unseren Kernthemen Arbeitsplätze, Sicherung der Sozialwerke und bürgernaher Staat sind wir programmatisch hervorragend dafür placiert. Nun gilt es hier Kurs zu halten, konkrete Sachpolitik zu machen und bei liberal Denkenden Vertrauen zu gewinnen – für 2011 und die vorgängigen kantonalen Wahlen.

Geschätzte Staatsanleihen 2009 in Mrd. Euro										
53	220	69,5	1011	182	238	175	15	80	12	4
In Prozenten des Bruttoinlandprodukts										
20,3	13,6	11,1	10,3	9,9	9,4	8,6	7,8	7,0	6,9	0,75*
Griechenland	Italien	Holland	USA	England	Deutschland	Frankreich	Irland	Spanien	Portugal	Schweiz

\* basierend auf BIP-Prognose Sept. 2008 des Seco (536 Mrd. Fr.)

Zweites Vizepräsidium des Nationalrats

### Jean-René Germanier ist gewählt

Die FDP-Liberale-Fraktion hat Jean-René Germanier als Kandidaten für das zweite Vizepräsidium des Nationalrats vorgeschlagen. Dieser Sitz steht der FDP turnusgemäss zu.



Jean-René Germanier

Turnusgemäss hat das Parlament in der Dezembersession einen Kandidaten der Fraktion FDP-Liberale zum zweiten Vizepräsidenten des Nationalrats gewählt. Der Gewählte wird 2011 die Bundesversammlung präsidieren und damit das höchste politische Amt der Schweiz innehaben.

Die Fraktion freut sich, mit Jean-René Germanier über einen hervorragenden Kandidaten für das wichtige Amt zu verfügen. Dies zeigt die Qualität der Fraktion und das Engagement ihrer Mitglieder für eine liberale Politik in schwie-

rigen Zeiten. Jean-René Germanier ist 49 und wohnt in Vétroz, Wallis. Er ist einer der erfolgreichsten und innovativsten Weinbauern des Wallis. Seit 2003 ist er Nationalrat und Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen, wo er sich für mehr Markt, gute Infrastruktur und Versorgungssicherheit einsetzt. Mit ihrem Entscheid setzt die Fraktion die Tradition fort, für dieses ehrenvolle Amt jeweils zwischen einer Kandidatur der Deutschschweiz und einer solchen aus der lateinischen Schweiz abzuwechseln.

Die gesamte Fraktion freut sich über die Wahl von Jean-René Germanier und gratuliert ihm zu diesem ehrenvollen Amt.

Im Rahmen der Neugründung der Partei hat die Fraktion zudem ihren Namen angepasst. Neu heisst sie:

- FDP-Liberale Fraktion**
- Groupe libéral-radical**
- Gruppo liberale-radicale**
- Fracziun liberaldemocratica**
- Parliamentary Group**
- FDP-The Liberals**



### Erste Vizepräsidentin des Ständerates

Erika Forster-Vannini, Ständerätin SG, wurde zur ersten Vizepräsidentin des Ständerates gewählt. Damit wird sie 2010 Ständeratspräsidentin. Wir gratulieren ihr herzlich zur Wahl und wünschen ihr in diesem Amt viel Erfolg.



Wir wünschen Hans-Rudolf Merz für das bevorstehende Präsidialjahr viel Erfolg und gutes Gelingen!

Armee

## Vom Wert der Sicherheit und der Wert Sicherheit

Die Unique Selling Proposition der Schweiz – Sicherheit und Freiheit – bildet das Fundament, auf dem unser Land steht: der Wirtschaftsstandort, der Bildungsstandort, ja der ganze Lebensraum Schweiz.

### Von Divisionär André Blattmann, Chef der Armee ad interim

Die Schweiz verfügt weder über Bodenschätze noch über einen eigenen Absatzmarkt. Sicherheit und Freiheit – das ist unsere Unique Selling Proposition. Und die Botschaft kommt an. 2007 verwalteten die Banken in der Schweiz Kundenvermögen im Wert von über 5300 Milliarden Schweizer Franken. Ausländische Kunden, private und institutionelle, halten fast 60% der Depotbestände.

Die Schweiz geniesst aber nicht nur beim Geld einen guten Ruf, sondern hat sich zu einem eigentlichen Einwanderungsland gemausert. In kein anderes OECD-Land wandern gemäss einer OECD-Studie prozentual mehr Personen ein als in die Schweiz. Im Jahr 2006 waren es 86 300 Personen. Was in Deutschland für den Geiz gilt, gilt für deutsche Führungskräfte in fast noch grösserer Masse für unsere Heimat: Schweiz ist geil! Diese Attraktivität, die unseren Arbeitsmarkt zweifellos fit hält, kommt nicht von ungefähr.

### Freiheit und Selbstverantwortung

Hinter der Schweizer Erfolgsgeschichte steckt letztlich die Idee, dass nicht der Staat die Verantwortung für den Bürger trägt, sondern der Bürger die Verantwortung für den Staat. Deshalb sind wir auch mit einmaligen politischen Rechten ausgestattet. Zu den Pflichten gehört die Selbstverantwortungskultur, ohne die es keine Freiheit geben kann. Wer seines Glückes eigener Schmied sein will, darf das Eisen nicht beim Staat holen.

Ein Ausdruck unserer Selbstverantwortungskultur ist die Milizarmee: Der Bürger wird gezwungen –



André Blattmann

und auf freiwilliger Basis die Bürgerin eingeladen – die letzte Verantwortung für seine bzw. ihre Sicherheit selbst zu tragen. Das ist eine gesunde Idee. Die Milizarmee beschert uns eine ebenso kluge wie demokratisch kontrollierte Armee und ein recht flexibles Sicherheitsinstrument, das für den bündnisfreien Kleinstaat mit seinen politisch gewollt tiefen Polizeibeständen ideal ist. Wenn die Mittel der Kantone ausgeschöpft sind, dann ist die Milizarmee unsere einzige Sicherheitsreserve.

### Der Tatbeweis

Die Gemeinschaft funktioniert nicht ohne Tatbeweis. Die Milizarmee funktioniert nicht ohne Tatbeweis. Die Politik ist für die Rahmenbedingungen und für eine konsistente Sicherheitspolitik verantwortlich. Die Wirtschaft muss bereit sein, ihre besten Führungskräfte mit der Milizarmee zu teilen. Der geeignete Soldat muss bereit sein, mehr als das Notwendige zu leisten. Und die Gesellschaft als Gan-

zes muss bereit sein, sich mit dem Wert von Sicherheit und Freiheit in allen Facetten auseinanderzusetzen.

### Der Tatbeweis der Armee im Bereich der Kaderausbildung

Die Studie «Military Experience and CEOs: Is There a Link?» von Korn-Ferry International aus dem Jahre 2006 führt zum Schluss, dass ehemalige Militärs die besseren Manager sind: «Using share price returns as a broad measure of performance, the analysis shows that S&P 500 companies headed by CEOs with military experience outperformed other S&P 500 companies in all time frames, particularly the three- and five-year periods.»

Die Kadernschule der Armee will nicht die x-te theoretische Führungsschule sein, sondern die beste praktische Führungsschule im Land. Jeder durchschnittliche Universitätsabgänger kann eine Strategie entwickeln, aber die wenigsten bringen die operativen Fähigkeiten mit, diese Strategie umsetzen zu können. Diese operativen Fähigkeiten lernt man bei der Armee: von der Problemerkennung über die Lagebeurteilung bis zur Einsatzführung über verschiedene

Stufen und zur Folgeplanung. Immer wieder in zahlreichen Übungen. Das gibt Sicherheit und Ruhe für komplexe Aufgaben – auch in der Privatwirtschaft.

### Ihr persönlicher Tatbeweis

Helfen Sie mit, das Fundament der Milizarmee zu stärken. Stellen Sie das nächste Mal, wenn Sie eine Stelle besetzen müssen, ganz bewusst einen jungen Offizier ein. Diese jungen Frauen und Männer werden Sie nicht enttäuschen. Ich weiss, was sie können. Wer bereit ist, für die Gemeinschaft mehr als das Notwendige zu leisten, der wird dies auch für seinen privaten Arbeitgeber tun.

Mit Ihrem persönlichen Engagement helfen Sie mit, jene Werte hochzuhalten, welche die Schweiz stark machten und machen. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung. Wer sich für die Milizarmee einsetzt, setzt sich für die Schweiz ein.

## Agenda

### Februar 2009

- 6.–7. Fraktionsseminar
- 8. Eidg. Abstimmung
- 20.–21. Vorsektionale Fraktionssitzung
- 28. Delegiertenversammlung

## Die sicherheitspolitischen Forderungen der FDP

Auszug aus dem sicherheitspolitischen Positionspapier der FDP. Konsolidieren, modernisieren, weiterentwickeln – für eine glaubwürdige und leistungsfähige Armee

**1) Sicherheitspolitische Grundlagen überarbeiten:** Die FDP fordert eine periodische Überprüfung und Nachführung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Grundlagen.

**2) Modern verstandene Verteidigungspolitik:** In einem Umfeld, das durch einen stabilen Kern und eine instabile Peripherie charakterisiert ist, muss Verteidigung in einem umfassenden Sinne verstanden werden. Die drei Armeeaufträge sind als Bestandteile eines umfassend verstandenen Verteidigungsbegriffs zu verstehen und die Übergänge zwischen den Armeeaufträgen sind fließend und sollen deshalb nicht gegeneinander ausgespielt werden.

**3) Streitkräfteentwicklung:** Die Streitkräfte in unserem Umfeld richten sich nicht mehr primär auf die Territorialverteidigung aus. Viele Staaten unternehmen zivile und militärische Anstrengungen, um auf drohende oder bereits ausgebrochene Krisen zu reagieren. Dadurch wird das Aufgabenspektrum der Streitkräfte erweitert. Die Schweiz muss sich diesen Herausforderungen stellen und im eigenen Interesse die notwendigen Anstrengungen unternehmen. Gemäss Ansicht der FDP muss die Armee befähigt werden, vielfältige Aufgaben im Rahmen einer umfassend verstandenen Sicherheitspolitik wahrzunehmen. Diese Anpassung ist als Prozess zu verstehen und muss schrittweise erfolgen.

**4) Finanzielle Stabilität und Planungssicherheit:** Die FDP fordert einen finanziellen Grundstock für die Armee, der im jährlichen Durchschnitt im Bereich von 4 Mrd. Schweizer Franken liegt. Wir sind der Ansicht, dass Rüstungsprogramme künftig in Form von Rah-

menkrediten von vier Jahren vorgelegt werden sollen.

**5) Kooperationsstrategie konsequent umsetzen:** Die FDP setzt sich für eine konsequente Umsetzung der Strategie «Sicherheit durch Kooperation» ein. In diesem Zusammenhang fordert die FDP die Beschaffung von Lufttransportkapazitäten. Die glaubwürdige Umsetzung der Kooperationsstrategie bedingt, dass die Schweiz ihre Truppenkontingente verschieben, regelmässig versorgen und notfalls evakuieren kann.

**6) Erhöhung der Anzahl Durchdiener:** Der Modernisierungsprozess der Armee ist darauf auszurichten, die Reaktionsfähigkeit und Durchhaltefähigkeit der Armee zu verbessern. Die FDP fordert, dass der Anteil der Durchdiener von 15 Prozent auf maximal 30 Prozent erhöht wird.

**7) Erhalt und Weiterentwicklung militärischer Kompetenzen:** Die FDP verlangt, dass die militärische Kompetenz, eine moderne Verteidigungsoperation durchzuführen, erhalten und weiterentwickelt werden muss.

**8) Aufwuchs:** Aufwuchs beschreibt einen permanenten Prozess, bei welchem das Leistungspotenzial der Armee laufend an die aktuelle Risikoanalyse angepasst wird. Die FDP fordert eine Armee, die angemessen auf alle bekannten Bedrohungsformen ausgerichtet ist. Das bedingt ein Denken in sicherheitspolitischen Varianten, die in einem Aufwuchskonzept glaubwürdig dargelegt werden müssen.

**9) Nationale Sicherheitskooperation verbessern:** Die nationale Sicherheitskooperation zwischen Bund und Kantonen sowie zwischen zivilen und militärischen Mitteln ist konsequent voranzutreiben und zu verbessern.

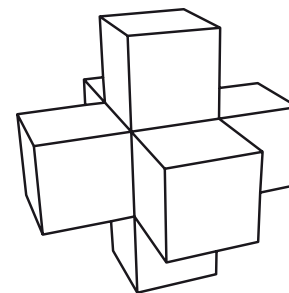
**10) Existenzsicherung:** Die FDP verlangt, dass die Armee nur zeitlich begrenzt und zur Abdeckung von Spitzen für subsidiäre Sicherungseinsätze herangezogen wird. Die militärische Sicherheit bedarf der dazu notwendigen Mittel. Die Kantone sind angehalten, die dauernden Sicherungsaufgaben wie den Botschaftsschutz mit eigenen Mitteln wahrzunehmen. Für überraschend erforderliche Sicherungseinsätze und für die militärische Katastrophenhilfe sind Alarmverbände zu prüfen.

**11) Internationale Kooperation:** Es ist eine vertiefte Zusammenarbeit im Rahmen der PfP sowie eine systematische Zusammenarbeit im Rahmen der ESVP anzustreben. Die FDP fordert den Abschluss eines entsprechenden Rahmenabkommens mit der EU, um die Zusammenarbeit im zivilen und militärischen Bereich zu systematisieren, zu strukturieren und auf eine solide rechtliche Basis zu stellen.

**12) Militärische Friedensförderung:** Die FDP verlangt, dass die militärischen Kapazitäten für die Friedensförderung qualitativ und quantitativ ausgebaut werden. Das potenzielle Einsatzgebiet für solche Einsätze richtet sich nach den aussensicherheitspolitischen Interessen. Der bundesrätliche Handlungsspielraum für den Einsatz von Truppen ist zu vergrössern, und die Attraktivität der Friedensförderungseinsätze ist mittels geeigneter Massnahmen zu steigern.

**13) Rüstungspolitik:** Die FDP setzt sich für eine leistungsstarke und wettbewerbsfähige inländische Industriebasis im Rüstungsbereich ein. Es muss der unternehmerische Rahmen geschaffen werden, damit rüstungspolitisch bedeutsame Unternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen können. Gemäss Ansicht der FDP sind internationale Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der Rüstungspolitik konsequent auszuschöpfen.

**14) Public Private Partnership:** Die FDP fordert, dass Partnerschaften zwischen Armee und Wirtschaft auch im Bereich der Sicherheitspolitik gezielt anzustreben sind.



Weitere Informationen  
finden Sie auf unserer Home-  
page:  
[www.fdp.ch/Positionspapiere](http://www.fdp.ch/Positionspapiere)

Fröhliche  
Weihnachten  
und

ein frohes  
neues Jahr  
2009

## Damien Cottier neuer Leiter Kommunikation – Mathieu Erb künftiger politischer Sekretär der Romandie



**Damien Cottier**



**Mathieu Erb**

Damien Cottier war bis Ende Oktober 2008 verantwortlich bei der FDP Schweiz für die Romandie. Damien Cottier ist zum neuen Leiter Kommunikation der künftigen FDP. Die Liberalen ernannt worden. Er folgt damit auf Christian Weber, der nach sechs Jahren bei der FDP in die Privatwirtschaft zurückkehrte. Mathieu Erb, bis vor kurzem politischer Sekretär der Liberalen Partei der Schweiz, wird in der neuen Partei Verantwortlicher für die Romandie und damit Nachfolger von Damien Cottier.

Seit März 2008 bekleidet der 33-jährige Damien Cottier die Stelle des Verantwortlichen für die Romandie der FDP Schweiz. Er verfügt über einen Diplomabschluss in internationalen Beziehungen der Universität Genf (IHEID Genf) und einen Master in Politologie, Geschichte und Geografie (Universität Neuenburg). Er studierte im Rahmen seiner Ausbildung mehrere Monate an der Humboldt-Universität und an der Freien Universität Berlin. 2008 hat er ein Nachdiplomstudium für Kommunikation am Schweizerischen Public Relations Institut (SPRI) in Freiburg abgeschlossen. Damien Cottier verfügt über Berufserfahrung in Wirtschaft und Politik: Vor seinem Stellenantritt bei der FDP Schweiz arbeitete er bei economiesuisse, auf dem Generalkonsulat in New York und beim Parteisekretariat der FDP Neuenburg. Während elf Jahren war er Neuenburger Grossrat, wo er Fraktionschef und Präsident der Geschäfts- und Finanzkommission war. Zudem ist er im Gemeindeparlament in Haute-rive (NE).

Mit Mathieu Erb übernimmt der politische Sekretär der Liberalen Partei der Schweiz die Nachfolge von Damien Cottier als politischer Sekretär der Romandie. Mathieu Erb ist 22 Jahre alt und arbeitet seit Juni 2008 bei der Liberalen Partei der Schweiz. Er verfügt über einen Bachelor-Abschluss in Betriebswirtschaft der Universität Neuenburg. Politisch engagiert er sich im Neuenburger Kantonsparlament als stellvertretender Grossrat, als Mitglied des Gemeindeparlaments von Val-de-Travers, als Präsident der Jungliberalen sowohl des Kantons Neuenburg als auch der Jungliberalen der Schweiz. Seit deren Zusammenschluss mit den Jungfreisinnigen ist er auch dort Vorstandsmitglied.

